

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4261/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 858

Aufgabe: 27. Mai 1964, 20.20 Uhr
Ankunft: 27. Mai 1964, 21.00 Uhr

Auf der Rückfahrt von der Moselkanal-Einweihung¹ bat mich General de Gaulle, den das ausgedehnte Festprogramm des Tages doch sichtlich ermüdet hatte, in seinem Salonwagen zu einem längeren Gespräch unter vier Augen. Bei dieser Gelegenheit kam der Staatspräsident auf folgende Punkte zu sprechen:

1) Politische europäische Union

De Gaulle begrüßte die Hartnäckigkeit des Herrn Bundeskanzlers, die Bemühungen um die politische Einigung Europas fortzusetzen² und werde darüber auch gern in Bonn am 3./4. Juli³ mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen. Allerdings sei er etwas skeptisch, ob eine neue Initiative, etwa in der Form der Wahrnehmung einer Brüsseler EWG-Sitzung durch die Ministerpräsidenten, einen Widerhall bei den anderen Partnern fände.

2) Reform der NATO⁴

Der General erklärte, er habe die Rede von Bundestagspräsident Gerstenmaier in Tokio⁵ zu diesem Problem mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Die Auffassung von der Notwendigkeit einer Reform der NATO und einer besseren Verteilung der Gewichte zwischen den USA und Europa im atlantischen Verteidigungsbündnis gewinne auch in Washington an Boden. Allerdings seien ernste politische Gespräche darüber vor den amerikanischen und britischen Wahlen⁶ nicht möglich. Der Wunsch nach einer Reform der NATO bedeute keineswegs eine Beeinträchtigung der Solidarität Frankreichs gegen-

¹ Die Arbeiten zur Kanalisierung der Mosel waren im deutsch-französisch-luxemburgischen Mosel-Vertrag vom 27. Oktober 1956 vereinbart. Die Einweihung des neuen Schiffahrtswegs wurde durch Großherzogin Charlotte von Luxemburg, Staatspräsident de Gaulle und Bundespräsident Lübke am 26. Mai 1964 gemeinsam vorgenommen. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 753–757 und S. 789–792.

² Zu den Bemühungen des Bundeskanzlers Erhard um eine neue europapolitische Initiative vgl. besonders Dok. 27, Dok. 44 und Dok. 59.

³ Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 180–188.

⁴ Vgl. dazu auch Dok. 127.

⁵ Im Rückblick führte Bundestagspräsident Gerstenmaier zur Rede vom 19. Mai 1964 aus: „Danach entwickelte ich mein ‚Konzept der NATO-Reform‘: vom Kreis zur Ellipse. Bislang könne man sich die NATO als einen Kreis vorstellen, dessen Mittelpunkt in Washington liege ... Als Weltmacht Nummer eins müßten die USA neben dem europäisch-atlantischen Bereich aber auch den amerikanischen-pazifischen im Auge behalten, und die Europäer hätten über kurz oder lang mehr für die Verteidigung des europäisch-atlantischen aufzubringen. Deshalb empfehle es sich, bei der NATO-Reform von der Vorstellung des Kreises abzugehen und sich mit einer Ellipse zu befreunden. In ihrem einen Brennpunkt werde zweifellos Washington, in ihrem anderen aber Paris oder Brüssel stehen müssen.“ Vgl. GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 510. Zur Asien-Reise von Gerstenmaier vgl. auch BULLETIN 1964, S. 833 f.

⁶ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober, die amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 3. November 1964 statt.

über seinen westlichen Verbündeten. Diese Solidarität stehe nach wie vor außer jeder Frage.

3) Rotchina und Südost-Asien

In den nächsten Tagen werde nach Mitteilung de Gaulles der französische Botschafter in Peking eintreffen⁷ und habe die Weisung, über die Haltung Rotchinas zu den Problemen der Länder des alten französischen Indo-China zu sondieren. Es bestehe immerhin die politische Möglichkeit, daß Rotchina, angesichts seines Konflikts mit Sowjetrußland⁸ und seiner eigenen internen Schwierigkeiten, die es zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern drängen⁹, geneigt sei, in Südost-Asien eine Politik der Neutralisierung¹⁰ dieser Länder, wenigstens für die nächsten Jahre, in Erwägung zu ziehen. Ob hier eine echte politische Chance bestehe, könne allerdings noch niemand voraussagen.

Was Laos anbetreffe, so halte er eine Konferenz der 14 Signatarmächte des Genfer Abkommens¹¹ für nötig, da auch die USA nicht an eine militärische Intervention in Laos dächten.¹² Vielleicht könnte durch eine solche Konferenz noch einiges gerettet werden. Das schlimmste wäre, die Dinge in Laos einfach treiben zu lassen. Frankreich sei durchaus bereit, die Konferenz auf das Laos-Problem zu beschränken und nicht zu einer Neutralitätskonferenz für ganz Indochina ausweiten zu lassen.

4) Lateinamerika

De Gaulle betonte erneut politische Notwendigkeit, die lateinamerikanischen Länder ohne jede Spitze gegen die Vereinigten Staaten verstärkt wirtschaftlich zu unterstützen. Er halte dies für eine echte deutsch-französische Aufgabe¹³, da unsere anderen Partner hierfür praktisch ausfielen. Bekanntlich wird der General vom 15. September bis 15. Oktober über zehn lateinamerikanische Länder besuchen¹⁴ und möchte dort sicher gern als Sprecher Europas auftreten. Ich halte es für wahrscheinlich, daß der französische Staatspräsident darüber am 3./4. Juli mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen will und eine Abstimmung der deutsch-französischen Entwicklungshilfe für Lateinamerika vorschlagen wird.

⁷ Vgl. dazu Dok. 75, Anm. 58.

⁸ Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

⁹ Zum Interesse der Volksrepublik China an einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland vgl. Dok. 131.

¹⁰ Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

¹¹ Zum Genfer Laos-Abkommen vom 23. Juli 1962 vgl. Dok. 44, Anm. 37.

¹² Da die Einheit des laotischen Staates ernsthaft gefährdet sei, schlug Frankreich am 20. Mai 1964 die Einberufung einer Konferenz der Unterzeichnerstaaten des Genfer Laos-Abkommens von 1962 vor. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 130.

Zur Lage in Laos vgl. auch Dok. 132, Anm. 11, und Dok. 160, Anm. 13.

¹³ Zu den Überlegungen für eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik in Lateinamerika vgl. Dok. 49 und Dok. 97.

¹⁴ Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 besuchte der französische Staatspräsident zehn südamerikanische Staaten. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 297 f.

5) Wahl Altbundeskanzlers Adenauer zum „membre de l'académie des sciences morales et politiques“

Der General sagte mir, er habe mit besonderer Freude das Dekret über die Wahl Adenauers zum Mitglied der Akademie unterzeichnet. Er denke sich, daß der Altbundeskanzler etwa gegen Ende Oktober zu seiner Investitur¹⁵ nach Paris kommen sollte und möchte ihn dann bei dieser Gelegenheit ausführlich sprechen.¹⁶

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38

142

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wieck, Washington

II 7-82.-1236/64 geheim

28. Mai 1964¹

Betr.: Deutsche Kontingente für friedenssichernde Operationen der Vereinten Nationen

I. 1) Deutschland gehört den Vereinten Nationen noch nicht an.² Gleichwohl ist die Bundesrepublik in allen Sonderorganisationen der VN und in zahlreichen Unterorganen, z.B. ECE, UNICEF, Mitglied und trägt damit dazu bei, das hinsichtlich Deutschlands in dieser Weltorganisation bestehende Vakuum in dem Maße auszufüllen, in dem das unter den obwaltenden Umständen möglich ist.

2) In der Frage von deutschen finanziellen Beiträgen zu VN-Fonds hat sich die Bundesregierung bisher von der Überlegung leiten lassen, daß sie zu dem eigentlichen Budget der Vereinten Nationen keinen Beitrag leisten kann, da sie mit Sitz und Stimme in dieser Organisation nicht vertreten ist. Außerdem hat sich die Bundesregierung auch nicht entschließen können, zu den Fonds für friedenssichernde VN-Operationen Beiträge zu leisten. Mit der Übernahme von Kosten der in Zypern stattfindenden Friedenssicherungs-Operation³ hat die Bundesrepublik ihren bisherigen Standpunkt revidiert, wahrscheinlich deshalb, weil die Beitragsleistung dieser Operation auf freiwilliger

¹⁵ Zur Aufnahme des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer am 9. November 1964 in die Académie Française in Paris vgl. BULLETIN 1964, S. 1503 f. und S. 1519.

¹⁶ Zu den Gesprächen des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer am 9./10. November 1964 mit Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 318 und Dok. 321.

¹ Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde am 9. Juli 1964 von Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt übermittelt.

² Zur Frage einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNO vgl. Dok. 135.

³ Zur finanziellen Unterstützung der UNO-Friedenstruppe auf Zypern durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 71 und Dok. 123, Anm. 6.

Grundlage und nicht auf dem Prinzip der „Besteuerung“ der VN-Mitgliedstaaten beruht.

3) Im Zusammenhang mit der Kongo-Aktion⁴ und mit der VN-Operation in Zypern, die bekanntlich zunächst im NATO-Rahmen hatte stattfinden sollen⁵, ist in der Bundesrepublik die Frage der Bereitstellung und Entsendung deutscher Streitkräfte für solche Aufgaben diskutiert worden. Die ablehnenden Stimmen überwogen.⁶ Die negative Einstellung gründet sich vor allem darauf, daß

a) die deutschen Streitkräfte sämtlich der NATO unterstellt sind und deshalb für solche Einsätze nicht abgezogen werden können;

b) der Einsatz deutscher Truppen bei den griechischen Bevölkerungsteilen auf Zypern und in Griechenland unliebsame Erinnerungen an den Weltkrieg hervorrufen würde;

c) rechtliche Voraussetzungen für einen solchen Einsatz fehlten oder jedenfalls fraglich wären.

In verstärktem Umfang haben sich negative Stimmen bei der Diskussion der Frage eines etwaigen deutschen militärischen Engagements innerhalb oder außerhalb der Vereinten Nationen in Südvietnam⁷ erhoben.

4) Die Vereinigten Staaten verfolgen seit längerem das Ziel, die Funktionsbereitschaft der Vereinten Nationen für friedenssichernde Aufgaben zu verbessern. Dieses Ziel wird sehr stark mit pragmatischen Mitteln und weniger mit umfassenden Plänen, die etwa die Bildung einer bestehenden VN-Streitmacht vorsehen würden, verfolgt. Präsident Kennedy hat sich in seinen Reden vor den Vereinten Nationen⁸ dafür ausgesprochen, daß die einzelnen Staaten Kontingente ihrer Streitkräfte für VN-Operationen vorbereiteten und zur Verfügung stellten, ohne sie allerdings gewöhnlich einem VN-Kommando zu unterstellen. Dieser Aufforderung haben einzelne Mächte entsprochen, andere haben schon vorher solche Vorbereitungen getroffen. Zu nennen sind insbesondere Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen, Irland, Kanada.⁹ Auch Präsident Johnson hat diesen Plan im Dezember 1963 in seiner VN-Rede¹⁰ gefördert.

⁴ Zur Krise im Kongo vgl. Dok. 70, Anm. 21.

⁵ Zur vorgesehenen Beteiligung von Bundeswehreinheiten an einer Friedenstruppe aus Kontingenten einzelner NATO-Staaten vgl. Dok. 37.

⁶ Zur Auseinandersetzung um die mögliche Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Zypern vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 63 f.; STRAUSS, Erinnerungen, S. 429.

⁷ Zur Überlegung der Bundesregierung, ein Lazarett in die Republik Vietnam (Südvietnam), zu entsenden vgl. Dok. 129.

⁸ Präsident Kennedy erklärte zuletzt am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung: „I also hope that the recent initiative of several members in preparing standby peace forces for United Nations call will encourage similar commitments by others. This Nation remains ready to provide logistic and other material support.“ Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 693–698.

⁹ Am 1. Oktober 1963 gab UNO-Generalsekretär U Thant bekannt, daß Dänemark, Finnland, die Niederlande, Norwegen und Schweden angeboten hätten, Streitkräfte für die Durchführung von friedenssichernden Aktionen der UNO bereitzuhalten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 229.

Zu den Überlegungen für eine ständige Friedenstruppe der UNO vgl. auch Dok. 159.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede vom 17. Dezember 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 61–63.

5) Bei den friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen haben sich in der Vergangenheit stets Schwierigkeiten ergeben, die notwendigen Truppenstärken und die logistische Struktur zu beschaffen und über längere Zeit hin zu erhalten. Angesichts des erheblichen deutschen Militär-Potentials ist deshalb in verstärktem Maße in der Zukunft damit zu rechnen, daß die Frage einer deutschen Beteiligung immer häufiger gestellt werden wird. Es muß fraglich erscheinen, ob wir wirklich auf die Dauer in allen Fällen abseits stehen können. Es ist deshalb vorzuschlagen, daß alle mit diesem Fragenkomplex zusammenhängenden Fragen frühzeitig geprüft werden und daß der Versuch gemacht wird, Voraussetzungen für die Übernahme von solchen Funktionen auch durch die Bundesrepublik zu schaffen.

II. Konzept eines deutschen VN-Kontingents

Es wäre an folgendes Konzept zu denken:

1) Die Bundesrepublik bildet mit Einwilligung der NATO einen Truppenteil (Regiment, evtl. Kompanie als Versuchsprojekt) für solche Einsätze aus (Sprachenfrage, internationales Recht, VN-Vorschriften, Satzungen, „Rules of Conduct“). Für diesen Zweck könnten die Amerikaner oder Engländer sicherlich beratende Offiziere, die im VN-Stab New York tätig gewesen sind, zur Verfügung stellen.

Es könnte auch daran gedacht werden, eine Einheit des Bundesgrenzschutzes dafür auszubilden. Es könnte ebenfalls erwogen werden, Vorbereitungen für logistische Hilfestellung zu treffen.

2) Es werden die rechtlichen Voraussetzungen, soweit sie fehlen bzw. soweit sie im Wege des Verordnungswesens zustande gebracht werden können, vorbereitet, um im Notfall sofort verkündet zu werden.

3) Zu gegebener Zeit wird eine allgemeine Grundsatzerklärung, wie sie auch von anderen Regierungen (siehe Ziffer 4) abgegeben worden ist, unter sorgfältiger Festlegung der Bedingungen veröffentlicht bzw. den interessierten Regierungen und dem VN-Generalsekretär bekanntgemacht. Es wäre festzustellen, daß wir prinzipiell bereit seien, an friedenssichernden VN-Operationen mitzuwirken, vorausgesetzt, daß wir die Frage in jedem akuten Fall prüfen müßten, und vorausgesetzt, daß die betroffenen Regierungen dies ausdrücklich wünschen bzw. keine Einwendungen erheben.

Es wäre festzustellen, daß wir für diesen besonderen Fall entweder das Stimmrecht im Sicherheitsrat wünschten (was wohl nicht durchzusetzen ist) oder aber die Zusicherung, im Sicherheitsrat gehört zu werden. Damit würde ein Präzedenzfall eines deutschen Auftretens auch in originären VN-Organen ohne gleichzeitige Anwesenheit von SBZ-Vertretern geschaffen.

III. Die Verteidigungsaufwendungen der Bundesrepublik gehören zu den umfangreichsten in der freien und ungebundenen Welt. Wenn wir uns bereit erklären, auch unsererseits einen Beitrag zu friedenssichernden Funktionen zu leisten, sofern die Umstände des besonderen Falles es wünschenswert erscheinen lassen, können wir m.E. einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, daß das Unbehagen und die Unsicherheit in anderen Teilen der Welt über die Zweck-

bestimmung unserer Streitkräfte reduziert werden und daß unsere Streitkräfte auch in anderen Teilen der Welt Anerkennung und Vertrauen erwerben.

gez. Dr. Wieck

Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 179

143

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 5-82.50/92.08/350/64 geheim

30. Mai 1964

Betr.: I. Ergebnis des ersten Sondierungsgesprächs mit der Botschaft der Volksrepublik China in Bern¹

II. Vorschlag über das weitere Procedere

I. LR I Hansen hat weisungsgemäß² den Geschäftsträger a.i., Botschaftsrat Tsui Chi-yuan, aufgesucht, um zu sondieren, ob und inwieweit er die Vorschläge, die nichtamtlichen deutschen Persönlichkeiten gegenüber gemacht worden waren, in einem offiziellen Gespräch aufrechterhalten und präzisieren werde.

Die Unterredung ist, wie LR I Hansen hier berichtet hat, von beiden Seiten sehr vorsichtig geführt worden. Sie konzentrierte sich bald auf die Frage, ob der deutsch-chinesische Warenaustausch durch ein Regierungsabkommen gefördert werden könne. Offensichtlich waren die Chinesen nicht darauf vorbereitet, zu den beiden anderen Themen, die Herr Kirchner dem Auswärtigen Amt genannt hatte (Kulturaustausch und „Sonstiges“), etwas Konkretes zu sagen. Das Gespräch gab im übrigen Gelegenheit, die Haltung der Bundesregierung zur Deutschlandfrage klarzulegen und die chinesische Einstellung gegenüber der SBZ zu ermitteln.

Der chinesische Geschäftsträger erklärte einleitend, seine Regierung führe eine selbständige Politik. Sie diene den Interessen des chinesischen Volkes und dem Weltfrieden. China beabsichtige nicht, die jetzt aufgenommenen Kontakte mit der Bundesregierung propagandistisch auszunutzen oder die Bundesregierung damit irgendwie anderweitig in Schwierigkeiten zu bringen. Die Kontakte würden, selbst wenn deren Resultate schließlich nicht den Erwartungen entsprächen, für die Bevölkerung der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland von Nutzen sein und zum gegenseitigen Verständnis beitragen.

¹ Zur Frage einer Aufnahme von Verhandlungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. zuletzt Dok. 131.

² Vgl. den Erlaß des Staatssekretärs Carstens vom 23. Mai 1964 an die Botschaft in Bern (mit Anlage); Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

Tsui führte aus, man habe den Gesprächen mit Herrn Wolff von Amerongen³ entnommen, die Bundesregierung sei zum Abschluß eines Handelsabkommens mit der chinesischen Regierung bereit. Die chinesische Regierung strebe eine Erweiterung des gegenseitigen Handels an, dessen Volumen – wie die chinesischen Gesprächspartner ausdrücklich erklärten – im vergangenen Jahr zugenommen habe. Besonderes Interesse habe China z.B. an Präzisionsmaschinen. Über konkrete Einzelfragen sollte später gesprochen werden. Herr Tsui bat um Bestätigung, daß die Bundesregierung zu Verhandlungen über ein solches Abkommen bereit sei.

Ihm wurde erklärt, in dieser Hinsicht lägen noch keine Instruktionen vor; die Frage werde aber unserer Regierung sogleich zur Prüfung unterbreitet. Zweck der Fühlungnahme sei deutscher Auffassung nach, vorerst festzustellen, ob Peking tatsächlich – wie dies die Herren Wolff von Amerongen und Kirchner in Bonn berichtet hatten – an einem Warenabkommen gelegen sei. (Deutscherseits wurde stets von „Warenabkommen“, chinesischerseits von „Handelsabkommen“ gesprochen.)

Herr Tsui gab deutlich seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Bundesregierung heute noch nicht ihre grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen über ein Abkommen erklären könne. Nachdem er einer klaren Antwort auf die ihm gestellte Gegenfrage zunächst auszuweichen versucht hatte, erklärte er schließlich, seine Regierung sei daran interessiert, mit der Bundesregierung über ein Abkommen zu verhandeln, das unseren Abkommen mit verschiedenen osteuropäischen Staaten⁴ entspräche oder doch ähnlich sei.

Der Geschäftsträger wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch auch Berlin vertrete und daß die Einbeziehung Berlins in ein solches Abkommen deshalb selbstverständlich sei. Tsui, auf dieses Problem offensichtlich vorbereitet, fragte, ob die Bundesregierung auch über ein Abkommen zu verhandeln bereit sei, in dem Westberlin als „Währungsgebiet DM-West“ umschrieben werde (deutscherseits wurde stets von „Berlin“, chinesischerseits von „Westberlin“ gesprochen). Ihm wurde erwidert, daß wir, wie gesagt, hinsichtlich der grundsätzlichen Bereitschaft der Bundesregierung zu Verhandlungen über ein Warenabkommen heute keine verbindliche Antwort geben könnten. Unserer Auffassung nach beständen aber deutliche Unterschiede zwischen den osteuropäischen Staaten und der Volksrepublik China. Während diese ersteren aus Rücksicht auf Moskau das Wort „Berlin“ umschreiben müßten, hätten wir den Eindruck, daß China in seiner Außenpolitik frei und ungebunden sei und solche Rücksichten nicht zu nehmen brauche.

³ Der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft nahm Anfang März 1964 Kontakt mit der Botschaft der Volksrepublik China in Bern auf und deutete an, „daß ein Beamter mittleren Ranges aus dem Auswärtigen Amt zu einem unverbindlichen Gespräch mit den Chinesen bereit sei“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 10. April 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

⁴ Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.

Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

Auf diese Bemerkung wiederholte Herr Tsui mit großem Nachdruck, die chinesische Regierung ließe sich in der Tat keinerlei Vorschriften machen und verfolge lediglich eine Politik, die den Interessen des eigenen Volkes und dem Weltfrieden diene. „Keine Macht kann den Standpunkt der chinesischen Regierung ändern.“ Er hoffe, daß wir gerade auch darüber nach Bonn berichten würden.

Seine Regierung werde die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Form Berlin in ein eventuelles Abkommen einbezogen werden könne, im Lichte der heute vorgebrachten Argumente prüfen. Er schien jedoch Schwierigkeiten für den Fall zu sehen, daß wir Berlin *ausdrücklich und ohne Umschreibung* in einem Abkommen erwähnt haben wollten.

Die Errichtung von Handelsmissionen wurde von Tsui nicht erwähnt. Deutscherseits wurde die Frage nicht angesprochen, da ja der stellvertretende Ministerpräsident Chen Yi in seinem Interview vom 3. April⁵, auf das Herr Tsui anspielte und dessen Formulierungen er gelegentlich benutzte, die Errichtung von Handelsvertretungen für nicht akut erklärt hatte.

Zusammenfassend gab Herr Tsui der Hoffnung Ausdruck, daß die Kontakte fortgesetzt würden und daß beim nächsten Zusammentreffen verbindlich erklärt werden könne, daß die Bundesregierung zu Verhandlungen über ein Handelsabkommen bereit sei. Er sagte gleichzeitig zu, er werde seine Regierung um Weisung zu der Frage bitten, ob und in welcher Form Berlin in ein eventuelles Abkommen einbezogen werden könne.

Auf die Frage, welche Vorstellungen seine Regierung mit dem Herrn Kirchner gegenüber erwähnten Thema eines Kulturaustauschs verbinde, erklärte Herr Tsui lediglich in allgemeinen Wendungen, gegenseitige kulturelle Beziehungen seien grundsätzlich wertvoll; Einzelheiten müßten noch geprüft werden. Er könne sich denken, daß Verhandlungen über ein Kulturabkommen schwieriger sein würden als solche über ein Handelsabkommen. Herr Tsui wurde vorsorglich darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung in *allen* Abkommen auf der Einbeziehung Berlins bestehen werde.

Zu dem von Herrn Kirchner ebenfalls mitgeteilten Thema „Sonstige Fragen“ hatten die chinesischen Gesprächspartner auf Befragen nichts zu sagen.

Die Deutschlandfrage kam in der Unterredung verschiedentlich zur Sprache. Dies gab Gelegenheit, die Haltung der Bundesregierung darzulegen und vor allem auf deren Alleinvertretungsanspruch für Gesamtdeutschland, auf das Selbstbestimmungsrecht und die friedlichen Ziele unserer Politik hinzuweisen. Herr Tsui bezeichnete die Spaltung des deutschen Volkes als anormal. Auch China befürworte die Wiedervereinigung, über die „die beiden Teile“ Deutschlands verhandeln müßten.⁶

⁵ Auf einer Pressekonferenz vom 4. Mai 1964 drückte der chinesische Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident Chen Yi das Interesse an einer Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik aus. Die Errichtung von Handelsmissionen sei allerdings noch nicht in Betracht zu ziehen. Ein solcher Schritt komme erst in Frage, wenn die Voraussetzungen herangereift seien. Vgl. DzD IV/10, S. 539.

⁶ Zu entsprechenden Äußerungen des chinesischen Außenministers Chen Yi vgl. Dok. 121, Anm. 9.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Spaltung Deutschlands am einfachsten überwunden werden könne, wenn der Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone das Selbstbestimmungsrecht gewährt würde. Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem moskauhörigen Regime von Pankow seien ausgeschlossen. Die dortigen Machthaber seien nicht gewählt, sondern von einer fremden Macht eingesetzt. Die SBZ sei besetztes Gebiet. Tsui sagte, hierüber könne man verschiedener Ansicht sein. Es sei zwar ein offenes Geheimnis, daß „Pankow“ im ideologischen Konflikt⁷ der chinafeindlichen Linie Moskaus folge. Dennoch werde die Volksrepublik China ihren „bisherigen korrekten Standpunkt“ der „DDR“ gegenüber nicht ändern. China unterhalte diplomatische Beziehungen zur „DDR“ und habe sie als Staat anerkannt. Peking werde die beiden Teile Deutschlands „nicht gegeneinander ausspielen“. Ihm wurde gesagt, daß auch die Bundesrepublik Deutschland mit den jetzigen Kontakten nicht beabsichtige, den Konflikt im Weltkommunismus zu verschärfen.

Taiwan wurde in der Unterredung nicht erwähnt.

Beide Seiten waren sich darüber einig, daß die heutigen Gespräche nur als erster Kontakt, jedoch nicht etwa als „Verhandlungen“ angesehen werden könnten. Die Chinesen sagten Geheimhaltung ohne Rücksicht auf das Resultat der Gespräche fest zu; jedenfalls beständen auf ihrer Seite in dieser Hinsicht keinerlei Schwierigkeiten. Ihnen wurde erklärt, daß uns an einer Geheimhaltung gelegen sei und daß wir von uns aus über die Kontakte nichts verlauten lassen würden.

Die Unterredung wurde zwar zurückhaltend, aber trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten stets in höflicher und verbindlicher Form geführt.

II. Zum weiteren Procedere schlage ich folgendes vor:

a) Wir sollten die Amerikaner jetzt sofort, und zwar in Bonn, über das Ergebnis dieser ersten Sondierung unterrichten.⁸ Dabei sollten wir noch einmal unser starkes Interesse daran bekunden, mit den Chinesen zu einer Vereinbarung über den Warenverkehr unter Einbeziehung Berlins zu gelangen. Wir sollten ferner sagen, daß wir den Chinesen bald unsere Bereitschaft zur Aufnahme von Gesprächen über ein Warenabkommen mitteilen wollen. Zu den amerikanischen Bedenken wegen des „Timing“ könnten wir sagen, die⁹ Erfahrungen mit den osteuropäischen Ländern hätten uns gezeigt, daß ohnehin für

⁷ Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

⁸ Ministerialdirektor Krapf informierte am 5. Juni 1964 die Botschaft in Washington, die amerikanische Botschaft in Bonn sei „streng vertraulich“ über den Stand der Überlegungen zur China-Frage unterrichtet worden. Dabei sei darauf hingewiesen worden, daß ein bloßes Warenabkommen „keine ins Gewicht fallende Aufwertung des chinesischen Prestiges“ bedeuten würde. Dagegen könne die Einbeziehung von Berlin (West) ein „erheblicher politischer Gewinn“ für die Bundesrepublik sein. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

⁹ Der Passus „Zu den amerikanischen Bedenken wegen des ‚Timing‘ könnten wir sagen, die“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Die amerikanischen Bedenken wegen des ‚Timing‘ könnten wir dadurch berücksichtigen, daß der Abschluß eines solchen Abkommens einige Zeit – etwa bis nach den amerikanischen Wahlen – hinausgezögert würde. Die“.

solche Gespräche mit einer Dauer von mehreren Monaten gerechnet werden müsse. Mit den Chinesen würde es nicht schneller gehen.¹⁰

Daß die amerikanische Haltung in dieser Frage nicht durchwegs ablehnend ist, ergibt sich aus einem neuerlichen Bericht der Botschaft Washington Nr. 1590 vom 26. Mai VS-vertraulich¹¹ sowie aus einer Mitteilung, die mir Botschaftsrat Kidd am 26. Mai, also nach der Demarche von Botschafter McGhee¹², machte. Er sagte, daß die politische Abteilung der hiesigen amerikanischen Botschaft zu der Auffassung gelangt sei, daß der Abschluß eines Warenabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China die amerikanischen Interessen nicht nachteilig beeinflusse und daß er vom Standpunkt der Deutschlandpolitik aus positiv zu beurteilen sei.

b) Der chinesischen Botschaft in Bern sollte erst nach Rückkehr des Herrn Bundeskanzlers aus Washington¹³ mitgeteilt werden, daß wir bereit sind, Besprechungen über den Abschluß eines Warenabkommens aufzunehmen, vorausgesetzt, daß wir in Washington nicht auf sehr ernsten Widerstand stoßen¹⁴.

c) Gleichzeitig sollten unsere wichtigeren Botschaften mit einer Sprachregelung versehen werden.¹⁵ Dabei ist besonders zu beachten, daß wir nicht ein

¹⁰ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

¹¹ Am 26. Mai 1964 gab Botschafter Knappstein, Washington, den Eindruck wieder, daß man auf amerikanischer Seite „grundsätzlich keine Einwendungen gegen eine Intensivierung des China-handels mit nichtstrategischen Gütern haben würde, solange keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit Rotchina beabsichtigt ist“. Im amerikanischen Außenministerium sei man der Ansicht, daß die politischen Vorteile eines Handelsvertrages mit der Volksrepublik China überwiegen würden, wenn eine Berlin-Klausel durchgesetzt werden könne. Dies führe zu einem Gegensatz zwischen der sowjetischen und der chinesischen Deutschlandpolitik und unterstütze die amerikanische Politik der Auflockerung gegenüber den osteuropäischen Staaten. Man lege allerdings Wert darauf, daß eine entsprechende Initiative der Bundesregierung nicht vor den Präsidentschaftswahlen und möglichst auch nicht vor Ende der nächsten Sitzungsperiode der UNO zu konkreten Vereinbarungen führe. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 272; B 150, Aktenkopien 1964.

¹² Der amerikanische Botschafter brachte gegenüber Staatssekretär Carstens zum Ausdruck, daß die USA den Abschluß eines deutsch-chinesischen Warenabkommens für „untimely“ hielten. McGhee betonte, ein solcher Schritt würde „als moralische Unterstützung der aggressiven Politik Pekings“ aufgefaßt werden und die entgegengerichtete amerikanische Politik durchkreuzen. Demgegenüber scheine der deutschlandpolitische Gewinn, der aus der Einbeziehung von Berlin (West) in ein solches Abkommen resultiere, gering. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 25. Mai 1964 an die Botschaft in Washington; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

¹³ Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

¹⁴ Der Passus „vorausgesetzt, daß wir in Washington nicht auf sehr ernsten Widerstand stoßen“ wurde von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Als Sprachregelung für die Öffentlichkeit wurde den Botschaften in Washington, Paris und London mitgeteilt: „Wir sind mit der Frage einer maßvollen Ausweitung unseres Handels mit der VR China befaßt. Die Überlegungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen. Die Frage der Einrichtung von Handelsvertretungen ist nicht aktuell.“ Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 5. Juni 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

Die Botschaft in Tokio wurde angewiesen, die japanische Regierung von dem Vorhaben, ein Warenabkommen mit der Volksrepublik China abzuschließen, in Kenntnis zu setzen. Dabei solle betont werden, daß die in Aussicht genommenen deutsch-chinesischen Gespräche über diese Frage „viele Monate“ dauern würden. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Juni 1964; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234; B 150, Aktenkopien 1964.

Wettrennen zwischen den Japanern und uns auslösen und dadurch nachträglich die von Botschafter Thompson geäußerten Besorgnisse⁶ rechtfertigen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär⁷ dem Herrn Bundesminister⁸ mit der Bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 234

144

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard

1. Juni 1964¹

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

ich darf Ihre Aufmerksamkeit nochmals auf die Abstimmung lenken, die am 29. Mai im III. Ausschuß der Welthandelskonferenz über den Resolutionsentwurf betr. Zielsetzung für das Wachstum und die Hilfeleistungen² erfolgt ist.

Wie Ihnen bekannt ist, hat die deutsche Delegation sich bei dieser Abstimmung zusammen mit Kuba und den Ostblockstaaten der Stimme enthalten³, während sämtliche anderen Delegationen sich für die Annahme dieses Entwurfs ausgesprochen haben. Die deutsche Delegation hat bei dieser Abstimmung darauf hingewiesen, daß die Prüfung der Empfehlung durch ihre Regierung noch nicht abgeschlossen sei. Es herrscht daher in Konferenzkreisen allgemein die Meinung, daß wir bei den am Donnerstag, dem 4.6., vorgesehenen Abstimmungen im Plenum der Konferenz über die verschiedenen Resolu-

⁶ Zu den Äußerungen des amerikanischen Botschafters Thompson vom 12. Mai 1964 vgl. Dok. 126.

⁷ Hat Staatssekretär Carstens am 30. Mai 1964 vorgelegen.

⁸ Hat Bundesminister Schröder am 1. Juni 1964 vorgelegen.

¹ Durchdruck.

² Kernaussage war: „Believing that each economically advanced country should make a sustained effort to assist the developing countries, the conference further recommends that: each of them should endeavour to supply ... financial resources to the developing countries of minimum net amount approaching as nearly as possible to 1 per cent of its national income.“ Für den Wortlaut des Resolutionsentwurfs vgl. den Drahtbericht des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz, Klein, vom 25. Mai 1964; Referat III A 2, Bd. 6.

³ Der Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz berichtete am 30. Mai 1964 über die Abstimmung im Ausschuß. Wenn die Bundesrepublik, so warnte Klein, auf ihrer Stimmhaltung beharren sollte, „würde dies ungeachtet der bisherigen großen Leistungen der BRD auf diesem Gebiet eine negative Einstellung der Entwicklungsländer zu unseren sonstigen auf der Konferenz zur Diskussion stehenden Belangen zur Folge haben. Sowohl bei den institutionellen Fragen wie auch bei den zahlreichen sonstigen Ansatzpunkten für die Versuche, die SBZ ins Spiel zu bringen, würde [die] bisher mit großer Mühe aufrechterhaltene Front der für die BRD eintretenden Entwicklungsländer ins Wanken geraten.“ Klein empfahl, die Frage der Zustimmung zur Resolution zu prüfen und möglichst im positiven Sinn zu entscheiden. Vgl. Referat III A 2, Bd. 6.

tionsentwürfe doch noch unsere Zustimmung zu diesem Resolutionsentwurf geben werden. Es wird bei dieser Gelegenheit über die wichtigsten Vorschläge der Ausschüsse namentlich abgestimmt, so daß die Stimmabgaben der einzelnen Delegationen erheblich größere Beachtung als ihr Votum in den Ausschüssen finden werden.

Zum Inhalt der Resolution⁴ selbst darf ich zunächst bemerken, daß er einen Kompromiß aufgrund langwieriger Verhandlungen zwischen den westlichen Industrieländern und den Entwicklungsländern darstellt. In Ziffer 1 des Resolutionsentwurfs wird besonders auf die von uns immer betonte Tatsache hingewiesen, daß den Entwicklungsländern selbst die Hauptaufgabe bei der Erschließung der notwendigen Hilfsquellen für ihre Entwicklung zufällt. Im übrigen ist die Formulierung der Ziffer 4 und 5 so elastisch gehalten, daß aus ihnen keine direkte rechtliche Verpflichtung zu erhöhten finanziellen Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe abgeleitet werden kann. Auch ein verbindliches Schema für die Vergleichbarkeit der Leistungen der einzelnen Geberländer – ein Gedanke, gegen den wir uns immer ausgesprochen haben – ist ausdrücklich vermieden worden. Die Tatsache, daß Industrieländer, wie z.B. Norwegen, die Schweiz, Holland und Italien, die gegenwärtig einen wesentlich geringeren Teil ihres Bruttosozialprodukts als wir selbst für Zwecke der Entwicklungshilfe bereitstellen, die Resolution angenommen haben, beweist, daß auch sie die Resolution in vorstehendem Sinne interpretieren und in erster Linie als einen moralischen Appell an ihre Bereitwilligkeit zu erhofften Leistungen ansehen. Einer solchen Bereitschaft, uns nach besten Kräften zu bemühen, den angestrebten Prozentsatz von 1 % des Bruttosozialprodukts zu erreichen, könnten wir uns im übrigen auch dann nicht entziehen, wenn wir bei unserer Stimmenthaltung bleiben würden, es sei denn, wir würden auf eine Mitgliedschaft in der künftigen Organisation⁵ überhaupt verzichten, was mir völlig unmöglich erscheint.

Die Konferenz befindet sich gegenwärtig in einem Stadium, welches dadurch charakterisiert werden kann, daß es den Entwicklungsländern nicht gelungen ist, in den entscheidenden Fragen die erhofften Zugeständnisse von den Industrieländern zu erwirken.⁶ Weder in der Frage des Grundstoffhandels noch in der der Präferenzen für Industriewaren sind sie mit ihren für uns sehr bedenklichen Wünschen durchgedrungen. Auch ihre weitgehenden Forderungen auf Finanzierung der Zahlungsbilanzlücke sind mit den allgemeinen Formulierungen der in Rede stehenden Resolution, die eigentlich mehr als eine good-

⁴ Für den Wortlaut der Resolution „Growth and aid“, die von der Konferenz mit 107 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen wurde, vgl. auch PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT. Geneva, 23 March–16 June 1964, Bd. I, New York 1964, S. 43 f.

⁵ Zur Frage einer Institutionalisierung der Welthandelskonferenz vgl. Dok. 28, Anm. 28 und 29.

⁶ Der Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz, Klein, berichtete am 28. Mai 1964, die Entwicklungsländer seien „tief“ enttäuscht, „daß ihnen der Westen auf handelspolitischem Gebiet so gut wie keine Zugeständnisse gemacht hat. Sie sind insbesondere darüber verärgert, daß die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Präferenzen nach wie vor eine unnachgiebige Haltung zeigen. Sie sind auch enttäuscht darüber, daß die Amerikaner gegenüber Vorschlägen zur Stabilisierung der Rohstoffmärkte sehr zurückhaltend eingestellt sind. Um so stärker richtet sich ihr Druck auf die Erzielung eines Konferenzerfolges auf finanziellem Gebiet, wo die Vereinigten Staaten als Ausgleich für ihre sonst ablehnende Haltung ihnen entgegenkommen.“ Vgl. Referat III A 2, Bd. 6.

will-Erklärung angesehen werden muß, abgewehrt worden. Um so mehr Bedeutung legen die Entwicklungsländer dieser Resolution bei, die ihnen wenigstens eine gewisse Steigerung des Gesamtvolumens der Hilfe im Laufe der Zeit in Aussicht stellt.

Wenn wir durch unsere Haltung zu erkennen geben, daß wir nicht bereit sind, an den gemeinsamen Anstrengungen in angemessener Weise mitzuwirken, würden wir nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch unsere westlichen Verbündeten und Freunde stark enttäuschen. Es ist dem Westen gelungen, den Ostblock in dieser Frage von den Entwicklungsländern zu trennen. Dieser Tatsache wird im Verhältnis der westlichen freien Welt zu den Entwicklungsländern auf längere Sicht sicherlich große Bedeutung zukommen. Unsere endgültige Stimmenthaltung in Gesellschaft mit den Ländern des Ostblocks würde diese höchst wünschenswerte Demonstration der gesamten freien Welt zugunsten der Entwicklungsländer vereiteln. Letztere würden es im übrigen auch nicht verstehen, wenn Länder, z.B. Frankreich, Japan, Holland, Italien, Kanada u.a., diese Resolution annehmen, während die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem hohen Lebensstandard, ihrem bedeutenden Platz im Weltaußenhandel und ihren Devisenreserven sich dieser gemeinsamen Aufgabe entzieht.

Unsere ohnehin schon schwierige Situation als Nichtmitglied der Vereinten Nationen⁷ sollten wir nicht durch unsere Stimmabgabe noch belasten; insbesondere auch, weil wir zur Abwehr der Bemühungen der SBZ um Mitwirkung in den ständigen Organisationen weitgehendst auf die Stimmen der Entwicklungsländer angewiesen sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wenn Sie die Angelegenheit im Lichte meiner vorstehenden Ausführungen, die, wie ich annehme, von den Kollegen Schmücker und Scheel geteilt werden, nochmals überprüfen und eine abschließende Entscheidung vor Donnerstag treffen würden.⁸

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ihr Schröder

Ministerbüro, Bd. 265

⁷ Zur Frage einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNO vgl. Dok. 135.

⁸ Am 5. Juni 1964 erteilte Bundesminister Schröder der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Welthandelskonferenz die Weisung, dem Resolutionsentwurf zuzustimmen. Vgl. Referat III A 2, Bd. 6.

145

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1042/64 geheim

1. Juni 1964¹

Bundesminister von Hassel war am 27. und 28. Mai in London.² Bei dieser Gelegenheit hat der britische Verteidigungsminister sehr auf die Devisenhilfe³ gedrängt. Vor allem hat er sich darauf berufen, daß wir den Amerikanern den vollen Ausgleich ihrer durch die Truppenstationierung entstehenden Devisenausgaben zugesagt hätten.⁴ Thorneycroft hat auch vorgeschlagen, daß man ein Abkommen über einen längeren Zeitraum als zwei Jahre schließen müßte.⁵

Ich habe Herrn von Hassel gegenüber die Meinung vertreten, daß wir von dem Prinzip des vollen Ausgleichs wieder wegkommen müssen, auch gegenüber den Amerikanern; dieser Grundsatz binde uns zu stark die Hände.

Hiermit Herrn D III⁶.

Carstens⁷

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

146

Staatssekretär Carstens an die Vertretung bei der NATO in Paris

St.S. 1048/64 geheim

Aufgabe: 1. Juni 1964, 13.18 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 2013 Plurex

Bundesminister von Hassel hat während seines Londonaufenthalts am 27./28. Mai² mit dem britischen Verteidigungsminister eingehend über die MLF gesprochen. Thorneycroft hat erklärt, in der gegenwärtigen Form sei die MLF für Großbritannien nicht akzeptabel. Man möge doch bitte die englischen Vorschläge vom April³ sorgfältig prüfen.

¹ Durchschlag als Konzept.

² Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Bundesministers von Hassel vom 16. Juni 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 699; B 150, Aktenkopien 1964.

³ Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 115.

⁴ Zum deutsch-amerikanischen Protokoll vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1965/66 und 1966/67 vgl. Dok. 125, besonders Anm. 2.

⁵ Vgl. dazu weiter Dok. 208.

⁶ Ministerialdirektor Sachs.

⁷ Paraphe.

¹ Hat Ministerialdirektor Krapf am 1. Juni 1964 vorgelegen.

² Vgl. dazu auch Dok. 145.

³ Vgl. dazu Dok. 104, besonders Anm. 14.

Ich habe Herrn Bundesminister von Hassel gegenüber den Standpunkt vertreten, daß man eine Prüfung der britischen Vorschläge sicherlich nicht ablehnen könne, daß aber ein Eingehen auf diese Vorschläge nach meiner Auffassung eine völlige Umgestaltung der MLF zur Folge haben würde, was weder im wohlverstandenen Gesamtinteresse der NATO und noch weniger im deutschen Interesse liege.⁴

Ich bitte Natogermania, sich auf der von mir gegenüber Herrn von Hassel eingenommenen Linie zu halten.⁵

Carstens⁶

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

147

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg

V 1-80.28/1

1. Juni 1964¹

Betr.: Frage der Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938²

Zur Frage der Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 wird wie folgt Stellung genommen:

I. Die im Sprachgebrauch allgemein als „Münchener Abkommen“ bezeichneten Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, Frankreich und Italien über die Sudetenfrage vom September 1938 setzen sich zusammen aus:

1) dem am 29. September 1938 in München unterzeichneten Abkommen³ selbst (RGBl. 1938 II S. 853), das indes lediglich die „Bedingungen und Modalitäten“ für die bereits grundsätzlich vereinbarte Abtretung der Sudetengebiete regelte;

⁴ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Die Briten wollten ihre alten Bomber in die MLF einbringen. Dadurch wollten sie nach ihrer Vorstellung einen unverhältnismäßig großen Einfluß auf die Streitmacht gewinnen.“

⁵ Zur Diskussion der britischen Vorschläge in der MLF-Arbeitsgruppe vgl. Dok. 172.

⁶ Paraphie vom 1. Juni 1964.

¹ Vervielfältigtes Exemplar.

Die Aufzeichnung wurde mit Runderlaß vom 15. Juni 1964 an alle Auslandsvertretungen und alle Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts übermittelt.

² Insbesondere die Äußerungen des Bundesministers Seehofer vom 17. Mai 1964 über die angebliche Gültigkeit des Münchener Abkommens, aber auch die anstehenden Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über einen Austausch von Handelsvertretungen gaben Anlaß für die Prüfung dieser Frage. Vgl. dazu Dok. 100 und Dok. 140, besonders Anm. 18–20.

³ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

2) verschiedenen Erklärungen⁴, die vor Vertragsschluß abgegeben worden waren und in der Präambel zum Abkommen vom 29. September 1938 als das „Abkommen“ bezeichnet werden, „das hinsichtlich der Abtretung des sudeten-deutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde“;

3) mehreren, zusammen mit dem Abkommen unterzeichneten Zusätzen⁵.

II. Die völkerrechtliche Wirksamkeit des britisch-französisch-italienischen Einverständnisses mit der Einverleibung der Sudetengebiete in das Deutsche Reich ist in der völkerrechtlichen Literatur fast unbestritten. Ebenso wird die Frage der völkerrechtlichen Wirksamkeit der von der tschechoslowakischen Regierung am 21. September 1938⁶ zu dem britisch-französischen Vorschlag vom 19. September 1938⁷ gegebenen Zustimmung und der tschechoslowakischen Annahmeerklärung zum Münchener Abkommen vom 30. September 1938⁸ vom überwiegenden Teil der Literatur bejaht. Es kann somit davon ausgegangen werden, daß das Münchener Abkommen am 29. September 1938 gültig zustande gekommen ist.

Für die heutige Beurteilung des Münchener Abkommens kommt es hierauf jedoch nicht mehr entscheidend an. Denn wenn auch das Abkommen zunächst wirksam zustande gekommen war, so wurde ihm doch später, mit der Einverleibung Böhmens und Mährens am 16. März 1939 als Reichsprotektorat in das Deutsche Reich⁹, die Grundlage entzogen, auf der es beruhte. Hitlers Zusicherung, nach Regelung der Sudetenfrage bestünden keine weiteren territorialen Forderungen mehr, die Anlaß zu Konflikten Deutschlands mit anderen Ländern geben könnten, sowie die in den Zusätzen zum Abkommen versprochene Respektierung der neuen Grenze und Konsultierung mit den Regierungen der übrigen Vertragspartner für den Fall des Scheiterns unmittelbarer deutsch-tschechoslowakischer Verhandlungen¹⁰ sind mit dem Einverständnis der drei Vertragspartner und der Tschechoslowakei mit der Besetzung des Sudetenlandes untrennbar verbunden.

Es haben denn auch die britische wie die französische Regierung gegen die Errichtung des Protektorats unverzüglich protestiert und das deutsche Vorgehen als einen Bruch des Münchener Abkommens bezeichnet.¹¹ Im Jahre 1942 erklärten beide Regierungen in Noten an die tschechoslowakische Exilregie-

⁴ Von völkerrechtlicher Bedeutung war insbesondere der britisch-französische Vorschlag vom 19. September 1938 zur Lösung der Sudetenfrage, der bereits eine Abtretung tschechoslowakischer Gebiete an das Deutsche Reich vorsah und am 21. September 1938 von der tschechoslowakischen Regierung akzeptiert wurde. Vgl. dazu Anm. 6 und 7.

⁵ Für den Wortlaut der verschiedenen Zusatzserklärungen zum Münchener Abkommen vgl. ADAP, D, II, Dok. 675, S. 813 f.

⁶ Für den Wortlaut der tschechoslowakischen Erklärung vgl. ABKOMMEN VON MÜNCHEN 1938, Dok. 210.

⁷ Für den Wortlaut vgl. DBFP, 3. Serie, Bd. II, Dok. 937.

⁸ Vgl. dazu DBFP, 3. Serie, Bd. II, Dok. 1229.

⁹ Für den Wortlaut der Proklamation vom 16. März 1939 über die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren vgl. ADAP, D, IV, Dok. 246.

¹⁰ Zu den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen nach dem Münchener Abkommen vgl. ADAP, D, IV, Dok. 1–245; ABKOMMEN VON MÜNCHEN 1938, Dok. 250–318.

¹¹ Zur britischen und französischen Reaktion vgl. DBFP, 3. Serie, Bd. IV, Dok. 308; DDF, 2. Serie, Bd. XV, Dok. 75.

rung¹², daß sie sich an das Abkommen nicht mehr gebunden betrachteten, da das Deutsche Reich seine Grundlagen vorsätzlich zerstört habe. Spätestens seit dieser Zeit gehört die Rückgängigmachung der im Oktober 1938 vollzogenen Gebietsveränderungen zu den Kriegszielen der Alliierten.¹³

Die Alliierten haben dieses Kriegsziel auch verwirklicht. Die Sudetengebiete wurden im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg von vornherein in das Staatsgebiet der wiedererrichteten Tschechoslowakei einbezogen. Im Einklang hiermit steht auch die Berliner Erklärung der vier Besatzungsmächte Deutschlands vom 5. Juni 1945¹⁴, die auf den Gebietsbestand Deutschlands am 31. Dezember 1937 abstellt und die nach diesem Zeitpunkt inkorporierten Gebiete als außerhalb Deutschlands gelegen behandelt.

Die Bundesregierung hat die von den Alliierten im Jahre 1945 vollzogene Revision der Grenzen Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei bislang zwar nicht ausdrücklich anerkannt; sie hat andererseits jedoch auch niemals eine Rechtsverwahrung gegen die seit 1945 unangefochtene Grenzziehung gegenüber der Tschechoslowakei eingelegt. Das aber wäre unter den gegebenen rechtlichen und tatsächlichen Umständen für den Fall, daß nach Meinung der Bundesregierung das Münchener Abkommen noch über den Krieg hinaus rechtlich Bestand gehabt haben sollte, unerlässlich gewesen.

Das Münchener Abkommen muß danach heute endgültig als überholt angesehen werden.

III. Da die Bundesregierung – in Übereinstimmung mit der Berliner Erklärung der vier Besatzungsmächte vom 5. Juni 1945 – immer nur auf den Gebietsbestand Deutschlands vom 31. Dezember 1937 abgestellt und die gegenwärtige deutsch-tschechoslowakische Grenze niemals als unter dem Vorbehalt einer künftigen friedensvertraglichen Regelung stehend bezeichnet hat, erscheint eine definitive Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens an sich nicht erforderlich.

Sollte es gleichwohl wünschenswert erscheinen, eine Stellungnahme der Bundesregierung zum Münchener Abkommen abzugeben, so bestehen keine rechtlichen Bedenken dagegen, zu erklären, daß das Münchener Abkommen heute

¹² Für den Wortlaut des diesbezüglichen Schreibens des britischen Außenministers Eden vom 5. August 1942 an den Außenminister der tschechoslowakischen Exilregierung, Masaryk, vgl. DzD I/3, S. 649.

Für den Wortlaut der Note des Französischen Nationalkomitees vom 29. September 1942 an die tschechoslowakische Exilregierung vgl. WAR AND PEACE AIMS OF THE UNITED NATIONS, hrsg. von Louise W. Holborn, Boston 1943, S. 574.

¹³ Vor dem britischen Unterhaus erklärte Außenminister Eden am 5. August 1942 dazu: „I added that as Germany had deliberately destroyed the arrangements concerning Czechoslovakia reached in 1938, His Majesty's Government regarded themselves as free from any engagements in this respect, and that at the final settlement of the Czechoslovak frontiers to be reached at the end of the war His Majesty's Government would not be influenced by any changes effected in and since 1938.“ Vgl. DzD I/3, S. 651.

¹⁴ Mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 übernahmen die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR die oberste Gewalt in Deutschland. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1946, S. 215.

endgültig überholt sei und daß Deutschland daher nicht beabsichtige, irgendwelche Rechte aus diesem Abkommen geltend zu machen.¹⁵

In der öffentlichen Diskussion wird immer wieder behauptet, eine Anerkennung der Tatsache, daß das Münchener Abkommen seine Gültigkeit verloren habe, würde den deutschen Interessen erhebliche Nachteile zufügen. Insbesondere wird geltend gemacht, daß

1) die Gültigkeit der in Ausführung des Münchener Abkommens getroffenen staatsangehörigkeitsrechtlichen Regelungen¹⁶ in Frage gestellt sei und die Sudetendeutschen vom tschechoslowakischen Staat daher – wegen ihrer Teilnahme an den deutschen Kriegshandlungen – als „Deserteure“ und „Hochverräter“ in Anspruch genommen werden könnten;

2) vermögensrechtliche Ansprüche der Sudetendeutschen gegen den tschechoslowakischen Staat preisgegeben werden würden;

3) die Heimkehr deutscher Menschen aus der Tschechoslowakei im Wege der Familienzusammenführung¹⁷ gefährdet sei.

Diese Behauptungen sind unzutreffend. Im einzelnen ist dazu folgendes zu bemerken:

Zu 1:

Die Frage nach der Gültigkeit der die sudetendeutschen Bevölkerung betreffenden Staatsangehörigkeitsgesetze muß unabhängig von der Frage nach der Gültigkeit des Münchener Abkommens bejaht werden. Sie ergibt sich aus allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts, nach denen die effektive Rechtsordnung eines nicht unter den besonderen Gesetzen des Kriegsrechts und der Haager Landkriegsordnung¹⁸ stehenden Okkupanten sui generis als gültig anzusehen ist.

Zu 2:

Die Zwangsaussiedlung der Bevölkerung des Sudetengebietes war ein völkerrechtliches Delikt, das den tschechoslowakischen Staat schadensersatzpflichtig macht und ihm eine Pflicht zur Wiedergutmachung auferlegt. Diese Pflicht besteht, unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Vertriebenen und unabhängig von der Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens. Es mag da-

¹⁵ Vor dem Council on Foreign Relations in New York führte Bundeskanzler Erhard am 11. Juni 1964 dazu aus: „Der einzige unmittelbare Nachbar der Bundesrepublik unter den osteuropäischen Staaten ist heute die Tschechoslowakei. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland diesem Staat gegenüber ist in letzter Zeit bedauerlicherweise ins Zwielicht geraten. Ich erkläre daher hier ausdrücklich und eindeutig: Das Münchener Abkommen vom Jahre 1938 ist von Hitler zerrissen worden. Die Bundesregierung erhebt gegenüber der Tschechoslowakei keinerlei territoriale Forderungen und distanziert sich ausdrücklich von Erklärungen, die zu einer anderen Deutung geführt haben.“ Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1964, S. 849–852, hier S. 851.

¹⁶ Für den Wortlaut der verschiedenen infolge des Münchener Abkommens erlassenen Reichsgesetze und Verordnungen zur Regelung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse vgl. Karin SCHMID, Staatsangehörigkeitsprobleme der Tschechoslowakei. Eine Untersuchung sowie Dokumente zur Staatsangehörigkeit der deutschen Volkszugehörigen, Berlin 1979, S. 74–95.

¹⁷ Zum Gedankenaustausch mit der Tschechoslowakei über Fragen der Familienzusammenführung vgl. Referat II 5, Bd. 278.

¹⁸ Für den Wortlaut der Schlußakte der Haager Friedenskonferenz vom 18. Oktober 1907, vgl. DEUXIÈME CONFÉRENCE INTERNATIONALE DE LA PAIX. Actes et documents, Bd. 1, Den Haag 1907, S. 604–701.

hingestellt bleiben, ob die Tschechoslowakei jemals ihre Wiedergutmachungspflicht anerkennt; in keinem Falle würde diese Verpflichtung durch eine deutsche Erklärung bezüglich der nicht mehr vorhandenen Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens aufgehoben werden.

Zu 3:

Die Frage der Familienzusammenführung ist ebenfalls von der gegenwärtigen Staatsangehörigkeit der zusammenzuführenden Personen unabhängig. Die Tschechoslowakei nimmt in jedem Fall die in ihrem Staatsgebiet ansässigen Personen deutscher Volkszugehörigkeit als tschechoslowakische Staatsbürger in Anspruch. Die derzeit nur in Einzelfällen erteilte Erlaubnis für Angehörige dieses Personenkreises, zum Zwecke der Familienzusammenführung aus der Tschechoslowakei auszureisen, würde von einer deutschen Erklärung, daß das Münchener Abkommen nicht mehr gültig sei, nicht berührt werden. Auch für die Rumäniendeutschen rumänischer Staatsangehörigkeit erfolgt eine, wenn auch schleppende, Familienzusammenführung.¹⁹

gez. Meyer-Lindenberg

Büro Staatssekretär, Bd. 412

¹⁹ Zur Familienzusammenführung Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 367.

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 726/64

4. Juni 1964

Betr.: Besuch des Abgeordneten Blumenfeld in Warschau¹

Herr Blumenfeld bestätigte in seinem gestrigen Gespräch den von Herrn Mumm vermittelten Eindruck.² Danach haben sich die politischen Kreise Warschaus sehr zurückgehalten. Zu Gesprächen mit ihnen ist es nicht gekommen.

Herr Blumenfeld erzählte weiter, daß er in seinem Gespräch mit dem polnischen Außenhandelsminister³ die Möglichkeit angedeutet habe, daß man vielleicht eine Assoziierung zwischen Polen und der EWG zustande bringen könne. Der polnische Gesprächspartner habe sich daran sehr interessiert gezeigt. Ich habe darauf hingewiesen, daß eine Assoziierung in absehbarer Zeit kaum in Betracht kommen würde, da weder wir noch unsere Partner eine solche Verbindung zwischen der EWG und den kommunistischen Staaten ins Auge fassen könnten. Dagegen solle man den Polen gegenüber betonen, daß wir uns nachdrücklich für eine Ausweitung des Handels zwischen der EWG und Polen einsetzen würden.⁴ In welcher Weise dieses Ziel erreicht werden könnte, müsse geprüft werden.

Herr Blumenfeld stimmte dieser Formulierung zu.

Herr Blumenfeld erwägt, im Herbst erneut nach Warschau zu fahren, wenn

¹ Im Vorfeld des für Ende Mai vorgesehenen Besuchs der CDU-Abgeordneten Blumenfeld und Majonica in Polen bezeichnete der Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Mumm von Schwarzenstein, den Zeitpunkt als ungünstig. Die polnische Seite sei enttäuscht über die bisher ergebnislosen Verhandlungen zur Festsetzung der Warenlisten für den deutsch-polnischen Handel. Hinzu komme eine Verärgerung über die Rede des Bundeskanzlers Erhard am 22. März 1964 auf dem Kongreß Ostdeutscher Landesvertretungen in Bonn. Dies habe zu einer Abkühlung des Klimas geführt. Den Mitarbeitern der Handelsvertretung begegne man mit größerer Reserve als bisher. Für den Bericht vom 30. April 1964 vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 261; B 150, Aktenkopien 1964.

² Der Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Mumm von Schwarzenstein, faßte am 1. Juni 1964 seinen Eindruck von dem Besuch zusammen: „Wenn es auch diesmal nicht gelungen war, Kontakte mit dem Außenministerium und mit Sejm-Abgeordneten anzuknüpfen, und wenn auch insgesamt eine deutliche Zurückhaltung bei der Presse zu spüren war ... so kann doch dieser erste Besuch eines Bundestagsabgeordneten in Polen seit Errichtung der Handelsvertretung im großen und ganzen positiv gewertet werden. Entscheidend zu diesem, wenn auch bescheidenen ersten Erfolg hat zweifellos die Bereitschaft der Bundesregierung beigetragen, Polen handelspolitisch sowohl im GATT als auch bilateral entgegenzukommen, wie ganz gewiß auch die gewinnende und überzeugende Persönlichkeit des Abgeordneten Blumenfeld, der überdies als Nazi-Verfolgter hier zweifellos von vornherein ein ‚préjugé favorable‘ genießt.“ Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 261; B 150, Aktenkopien 1964.

³ Witold Trąpczyński.

⁴ Staatssekretär Carstens hielt am 22. Mai 1964 fest, Bundeskanzler Erhard habe sich für eine großzügigere Gewährung von Kontingenten an Polen im Rahmen des Warenabkommens ausgesprochen. Ebenso befürworte er eine Ausweitung des Handels der EWG-Länder mit Polen. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.

bis dahin sichergestellt wird, daß er ein Gespräch mit den politischen Kreisen führen kann.⁵

Dem Herrn Minister⁶ vorzulegen.

Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 401

149

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 7-81.33/56/64 streng geheim

4. Juni 1964¹

Betr.: Besuch des Leiters der amerikanischen Abrüstungsbehörde William C. Foster bei dem Herrn Staatssekretär am 5. Juni 1964²

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung II – II 8-82.01-5/2711/64 geh. vom 3.6.64³

I. Mr. Magill von der hiesigen amerikanischen Botschaft hat angeregt, daß der Herr Staatssekretär in seinem Gespräch mit Mr. Foster darlegt, aus welchen Gründen wir die MRBM-Anforderungen SACEURs⁴ unterstützen und daher den amerikanischen Einfrier-Vorschlag⁵, der die Erfüllung dieser Anforderungen unmöglich machen würde, für bedenklich halten.

In Ergänzung der Bezugsaufzeichnung werden nachstehend die wichtigsten Argumente für die MRBM-Ausstattung des Befehlsbereichs von SACEUR aufgeführt.

II. 1) Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Sowjets der NATO auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen weit überlegen sind. Dadurch wird die Überlegenheit der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der interkontinentalen strategischen Waffen ausgeglichen. Die Sowjets verfügen über mindestens 600 teils fest eingebaute und verbunkerte, teils bewegliche, auf Selbstfahrlafetten montierte MRBM mit einer Reichweite von etwa 1700 km. Dagegen verfügt der Westen nicht über ein vergleichbares landgebundenes MRBM-System.

⁵ Der CDU-Abgeordnete besuchte Polen erneut Anfang Februar 1965.

⁶ Hat Bundesminister Schröder am 4. Juni 1964 vorgelegen.

¹ Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske konzipiert.

² Zum Ablauf des Besuchs vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 5. Juni 1964; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 284; B 150, Aktenkopien 1964.

³ Am 3. Juni 1964 unterbreitete Ministerialdirektor Krapf bereits erste Gedanken für das anstehende Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 278; B 150, Aktenkopien 1964.

⁴ Zur Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenraketen und zur Forderung von SACEUR, der NATO entsprechende Systeme zur Verfügung zu stellen, vgl. auch Dok. 14, Anm. 39.

⁵ Zum „freeze“-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten vom 21. Januar 1964 vgl. zuletzt Dok. 120.

Diese Lücke in der westlichen Abschreckung ist für die europäischen NATO-Staaten besonders beunruhigend, weil die sowjetischen MRBM ausschließlich Ziele in Europa bedrohen. Der sowjetische Versuch, durch Installation von beweglichen MRBM auf Kuba diese Bedrohung auf die Vereinigten Staaten auszudehnen, ist durch die entschlossene Reaktion der Vereinigten Staaten vereitelt worden.⁶ Die Kuba-Krise hat die Gefährlichkeit des sowjetischen beweglichen MRBM-Systems erwiesen.

2) Die Notwendigkeit der Ausfüllung dieser Lücke in der Abschreckung durch Einführung eines Systems beweglicher teils land-, teils seegebundener MRBM in das Arsenal des Alliierten Kommandos Europa ist von SACEUR (General Norstad und General Lemnitzer) immer wieder betont und im Dokument MC 26/4⁷ (Militärische Anforderungen der NATO bis 1966) begründet worden. Diese Anforderungen sind vom Militärausschuß der NATO gebilligt und werden auch von den amerikanischen Joint Chiefs of Staff für berechtigt gehalten.

Wir halten die Argumente der NATO-Militärbehörden für die Einführung von MRBMs für überzeugend, insbesondere folgende Argumente:

a) Die „priority target list“ SACEURs enthält mehr als 600 Ziele (MRBM-Ab-schußbasen, Flugplätze, Nuklearwaffenlager), die in einem Nuklearkrieg unverzüglich ausgeschaltet werden müssen, da von ihnen aus vernichtende Angriffe gegen Westeuropa geführt werden können. Die Mehrzahl dieser Ziele liegt außerhalb der Reichweite der SACEUR zur Verfügung stehenden Nukle-araffen. Soweit uns bekannt ist, ist nur ein Teil der Ziele der „priority target list“ in der Zielplanung der strategischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten berücksichtigt.

b) Für die nukleare Bekämpfung von Zielen im Hinterland des Gegners stehen SACEUR zur Zeit im wesentlichen nur Jagdbomber (Strike-Flugzeuge) zur Verfügung. Diese bemannten Flugzeuge entsprechen nicht mehr dem militä-rischen Erfordernis der Unverwundbarkeit und werden bis 1970 durch Raketen ersetzt werden müssen. Schon heute beträgt die Wahrscheinlichkeit der Erfül-lung des Auftrags beim Einsatz von Jagdbombern 30 %, beim Einsatz von MRBM 85 %. Mit der ständigen Vervollkommnung der Luftabwehr gegen tief-fliegende Flugzeuge wird sich in den nächsten Jahren die Erfolgsaussicht bei Jabo-Einsätzen weiter vermindern. Außerdem ist damit zu rechnen, daß schon in der konventionellen Anfangsphase eines Krieges die Mehrzahl der Jabo-Flugplätze zerstört werden und die Jabos beim Übergang in die nukleare Phase nicht mehr einsetzbar sein werden. Es ist daher dringend erforderlich, ein MRBM-System bereitzustellen, das in der Zukunft die Aufgaben der takti-schen Luftwaffe („counterair“: Niederkämpfung der feindlichen Luft- und Ra-kenenangriffe am Boden, und „interdiction“: Abriegelung der feindlichen Logi-stik und des Nachschubs feindlicher Heeresverbände in der Kampfzone) über-nehmen kann.

⁶ Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 17, Anm. 2.

⁷ Zur MC 26/4 vgl. auch AAPD 1963, I, Dok. 12.

c) Wir erkennen die großen Anstrengungen der Vereinigten Staaten zur Verstärkung ihres strategischen Potentials durch Vermehrung ihrer ICBM⁸ an. Die ICBM können jedoch nicht alle Aufgaben der Strike-Flugzeuge und der MRBM übernehmen. Wegen ihres im Vergleich zu MRBM größeren Streuungsradius (circular error probability) müssen ICBM Nuklearköpfe mit sehr großer Sprengwirkung mitführen, um ihr Ziel zerstören zu können. Nach Berechnungen SACEURs ist beim Einsatz einer ICBM auf ein strategisches Ziel, das 7 km von einer Stadt mit 130 000 Einwohner entfernt liegt, mit dem Verlust von 99 000 Menschen zu rechnen, beim Einsatz einer MRBM mit einem Verlust von 4 400 Menschen. Der Einsatz von ICBM gegen Punktziele ist nach unserer Ansicht mit der auch von der amerikanischen Regierung befürworteten Politik der „constraints“ in einem Nuklearkrieg nicht zu vereinbaren. Aus politischen Gründen sollten gerade in den osteuropäischen Staaten Verluste der Zivilbevölkerung im Nuklearkrieg auf das unvermeidliche Minimum beschränkt werden.

3) Wir erkennen an, daß die MLF⁹ eine teilweise Erfüllung der MRBM-Anforderungen bedeuten würde. Wir teilen jedoch die Auffassung SACEURs, daß 200 Polaris-A 3 nicht ausreichen und daß eine Mischung seegebundener und landgebundener MRBM angestrebt werden sollte.¹⁰ Bei der Polaris-A 3 ist der Streuungsradius und damit der Zerstörungsradius geringer als bei ICBM, jedoch immer noch etwa 60% höher als bei landgebundenen beweglichen MRBM.

III. Diese von den Militärbehörden der NATO vorgebrachten Argumente für die MRBM-Anforderungen erscheinen uns einleuchtend.¹¹ Solange sie nicht in überzeugender Weise widerlegt werden, befürchten wir, daß der Einfrier-Vorschlag zu einer Gefährdung der Sicherheit Europas führen kann.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

gez. Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 6

⁸ Präsident Johnson erklärte am 3. Juni 1964 in New London: „In the past 3 years we have increased our nuclear power on alert two and one-half times, and our nuclear superiority will continue to grow until we reach agreement on arms control. We have more than 1000 fully armed ICBM's and Polaris missiles ready for retaliation.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 951.

⁹ Zum Stand der MLF-Verhandlungen vgl. Dok. 104.

¹⁰ Zur Bewertung des MLF-Projekts durch den Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, vgl. den Bericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 6. März 1964; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1350; B 150, Aktenkopien 1964.

¹¹ Zur Forderung SACEURs, der NATO Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen, vgl. auch Dok. 269.

Staatssekretär Carstens an Botschafter Groepper, MoskauII 3-88.10/311^{II}/64 geheim4. Juni 1964¹

Fernschreiben Nr. 349

Aufgabe: 5. Juni 1964, 09.27 Uhr

Citissime

Im Anschluß an 346 vom 4.6.²

Für Botschafter persönlich

Ich bitte Sie, so bald wie möglich einen Termin bei Ministerpräsident Chruschtschow zu erwirken und mit ihm ein Gespräch anhand des Ihnen mit Drahterlaß 346 übermittelten Textes³ zu führen. Ihren Gesprächszettel, ohne den Teil, der nur für den mündlichen Vortrag bestimmt ist, bitte ich Sie, nach Beendigung des Gesprächs Herrn Chruschtschow zu überlassen.⁴

Die Botschaften der drei Westmächte sind in großen Zügen über den Inhalt des bevorstehenden Gesprächs unterrichtet worden. Wir haben dabei darauf Wert gelegt, ihnen gegenüber⁵ die Erklärung der Bereitschaft des Herrn Bundeskanzlers, auch mit Chruschtschow zu sprechen, mehr als eine höfliche Erwiderung auf die durch Smirnow ausgesprochene Bereitschaft Chruschtschows zu einem solchen Gespräch⁶ hinzustellen und nicht als eine förmliche Einladung an Chruschtschow zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland⁷.

Ich bitte Sie, so bald wie möglich zu berichten, wann mit einem Termin gerechnet werden kann.⁸

Carstens⁹

Ministerbüro, VS-Bd. 8468

¹ Staatssekretär Carstens vermerkte handschriftlich: „Nach Abgang d[em] H[errn] Minister vorzulegen.“

² Staatssekretär Carstens übermittelte am 4. Juni 1964 an Botschafter Groepper, Moskau, Unterlagen für ein Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow. Hinsichtlich des Zeitpunkts für das vorgesehene Gespräch kündigte er eine weitere Weisung an. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1964.

³ Für den Wortlaut der überarbeiteten Fassung vgl. Dok. 155.

⁴ Zum Gespräch vom 13. Juni 1964 vgl. Dok. 162.

⁵ Die Wörter „ihnen gegenüber“ wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

⁶ Zu dem durch Botschafter Smirnow am 11. März 1964 übermittelten sowjetischen Aide-mémoire vgl. Dok. 68 und Dok. 84.

⁷ Zu den Überlegungen für ein Treffen des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Chruschtschow vgl. Dok. 84, Anm. 18.

⁸ Vgl. dazu weiter Dok. 158.

⁹ Paraphe vom 4. Januar 1964.

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard

St.S. 23/64 streng geheim

5. Juni 1964¹

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wir sprachen in letzter Zeit über das amerikanische Ersuchen, daß wir deutsche Panzer an Israel liefern sollten, und ich sagte Ihnen, daß ich dagegen die allerschwersten Bedenken habe.² Inzwischen ist wohl der Gedanke aufgetaucht, daß die Panzer an Italien geliefert werden sollten und daß sie auch in der italienischen Armee Verwendung finden sollten. Dagegen würde ich keine Bedenken erheben, wenn sichergestellt ist, daß es sich nicht um eine verkappte Lieferung an Israel handelt.

Wie schwierig der ganze Komplex ist, geht aus zwei Vorgängen hervor, die mir gestern vorgelegt [worden] sind.

Der Militärattaché der Botschaft Kairo berichtet mit dem auch Ihnen vorliegenden Fernschreiben Nr. 543 vom 3. Juni 1964 geheim³, daß der VAR Nachrichten über angebliche bedeutende Rüstungsgeschenke an Israel vorlägen. Es ist die Rede von 40 Fla-Batterien 40 mm L 70 einschließlich Feuerleitgeräten mit Radar.

Ein Angehöriger der britischen Botschaft hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß nach einer Auskunft, die das Bundesverteidigungsministerium einem Mitglied des Militärattachéstabes der britischen Botschaft gegeben habe, die deutsche militärische Hilfe für Israel 240 Mio. DM betrage.

Die britische Botschaft glaubt, daß eine Weitergabe dieser Zahl in London möglicherweise Beunruhigung auslösen könnte, und hat das Auswärtige Amt um nähere Aufklärung gebeten.

Zu beiden Komplexen kann das Auswärtige Amt nicht Stellung nehmen, da es keinen Überblick über die Rüstungslieferungen der Bundeswehr an Israel hat.⁴

Ich halte diesen Zustand für untragbar und höchst gefährlich und möchte Ihnen daher vorschlagen, daß Sie sobald wie möglich zu einer Besprechung mit Herrn von Hassel und mir einladen, auf der der ganze Fragenkomplex erörtert

¹ Durchschlag als Konzept.

Das Schreiben wurde von Staatssekretär Carstens angeregt.

² Zur Frage der Lieferung von Panzern an Israel und zur Haltung des Bundesministers Schröder dazu vgl. Dok. 138, besonders Anm. 3.

³ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁴ Zur Ausrüstungshilfe für Israel im einzelnen vgl. Dok. 289.

und zugleich eine Antwort auf die an uns gerichteten Fragen festgelegt werden sollte.⁵

Mit meinen besten Empfehlungen

Ihr Dr. Schröder⁶

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

152

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4503/64 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1692

Aufgabe: 5. Juni 1964, 20.00 Uhr
Ankunft: 6. Juni 1964, 02.10 Uhr

Betr.: Besuch von Bürgermeister Albertz in Washington, Unterredung mit Außenminister Rusk

Außenminister Rusk empfing Bürgermeister Albertz heute zu einer halbstündigen Unterredung, in deren Verlauf er sich über die Frage der deutschen Einheit in einem ähnlichen Sinne äußerte wie schon gegenüber dem Regierenden Bürgermeister¹. Eine 17jährige Zeit der Spannung habe keine Antwort auf die deutsche Frage erbracht und die Einheit nicht um einen Millimeter näher rücken lassen. Ob eine Phase verminderter Spannung dies vermöge, lasse sich vorerst nicht beweisen. Man wisse eben nur, daß die Alternative, nämlich Spannung, uns nicht weiter brächte. Man müsse überlegen, ob sich nicht durch innerdeutsche Maßnahmen eine Art von De-facto-Wiedervereinigung herbeiführen ließe, die eine spätere Wiederherstellung der regelrechten Einheit Deutschlands erleichtern könnte. Rusk stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob man sicher sein könne, daß die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone sich im Falle einer geheimen Abstimmung für die Wiedervereinigung aussprechen würde. Es sei ja nicht undenkbar, so begründete er diese Frage, daß die Sowjetunion sich in einem künftigen Zeitpunkt auf Grund übergeordneter Interessen (for broader issues) bereit finden könnte, einer solchen Abstimmung unter der Bedingung zuzustimmen, daß der Westen auch ein seinen eigenen Interessen zuwiderlaufendes Abstimmungsergebnis in der Zone honorieren und unterstützen würde. Wie schon bei früheren Gelegenheiten bezeichnete Rusk auch in diesem Gespräch den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen als ein Hauptinteresse des Westens.² Er stellte die

⁵ Zur Frage von Waffenlieferungen an Israel vgl. weiter das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 12. Juni 1964; Dok. 161.

⁶ Paraphe vom 7. Juni 1964.

¹ Zum Besuch des Regierenden Bürgermeisters Brandt vom 13. bis 21. Mai 1964 in den USA vgl. Dok. 132.

² Zu einer entsprechenden Äußerung des amerikanischen Außenministers vom 15. Dezember 1963 vgl. AAPD 1963, III, Dok. 473.

Frage, ob Chruschtschow in diesem Falle Gefahr liefe, die sowjetische Machtstellung in Osteuropa zu verlieren. Dies wurde von Bürgermeister Albertz bejaht. Rusk bekräftigte ferner seine gleichfalls schon mehrfach geäußerte Überzeugung, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern und die Evolution im sowjetischen Machtbereich dazu beitragen könnten, die deutsche Frage lösbar zu machen. Er erwähnte dabei eine Äußerung, die Chruschtschow kürzlich einem Besucher gegenüber getan hätte, wonach die osteuropäischen Länder nunmehr zu erwachsen seien, um noch gezüchtigt zu werden (have grown up too much to be spanked).

Interesse zeigte Rusk für die Auswirkungen der Weihnachtsbesuche³ in Ostberlin. Er gab Weisung, ihm den im State Department bereits vorliegenden Auszug zu der Analyse von Infratest München vorzulegen. Er äußerte die Hoffnung, daß diese Frage nicht zu einem Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen⁴ werden möchte. Es wäre höchst unwillkommen, wenn eine solche Auseinandersetzung sich in Fragen entwickelte, die letztlich in die alliierte Verantwortung fielen. Man wünsche keinesfalls, in derartige Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Bürgermeister Albertz, der schon in vorhergehenden Gesprächen in der Deutschlandabteilung nachdrücklich betont hatte, daß in diesen Fragen nur in voller Übereinstimmung zwischen Bundesregierung und Senat gehandelt werden könne, erwiderte, daß alle vernünftigen Leute in Deutschland die von Rusk geäußerte Meinung teilten. Dennoch müßte man realistischerweise zugeben, daß Fragen dieser Art sich kaum gänzlich aus dem Dialog zwischen den Parteien und innerhalb der Partei heraushalten ließen.

Weitere Fragen von Rusk bezogen sich auf die mutmaßlichen Gründe, aus denen Ulbricht der Passierscheinregelung zur Jahreswende zugestimmt habe, auf die Gründe für die Einstellung der Störsendungen⁵, auf die mutmaßlichen Folgen einer Ablösung Ulbrichts und auf mögliche Störaktionen der Zone während der Bundesversammlung⁶. Auf die letzte der Fragen erwiderte Herr Albertz, daß ihm ernsthafte Störversuche unwahrscheinlich erschienen.

[gez.] Knapstein

Abteilung II (II 6), VS-Bd. 276

³ Zur Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 vgl. besonders Dok. 1 und Dok. 17.

⁴ Zu den innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Fortführung der Passierschein-Gespräche vgl. besonders Dok. 60 und Dok. 64.

Zum Stand der Passierschein-Gespräche vgl. Dok. 92.

⁵ Zum Verzicht der UdSSR auf die Störung des Senders „Stimme Amerikas“ („Voice of America“) vgl. Dok. 5, Anm. 15.

⁶ Am 1. Juli 1964 wählte die in Berlin (West) zusammengetretene Bundesversammlung Heinrich Lübke erneut zum Bundespräsidenten. Die UdSSR und die DDR beschränkten sich darauf, in Noten an die drei Westmächte gegen die Durchführung der Wahl in Berlin (West) zu protestieren. Vgl. dazu den Artikel „Brandt verwahrt sich gegen östliche Proteste“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 147 vom 29. Juni 1964, S. 3.

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville

Z A 5-76.A/64 geheim

8. Juni 1964¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 8. Juni 1964 um 10.00 Uhr den französischen Außenminister Couve de Murville zu einem Gespräch.

Auf die Frage des Herrn *Ministers*, ob General de Gaulle bei den nächsten Präsidentschaftswahlen wieder kandidieren werde, erwiderte *Couve de Murville*, die Wahrscheinlichkeit dafür betrage 80 %, doch könne man 18 Monate vor dem Wahltag² natürlich keine endgültige Aussage machen.

Der Herr *Minister* kam dann auf die Antwort an Chruschtschow³ zu sprechen und sagte in diesem Zusammenhang, es werde interessant sein, was aus dem Zusammentreffen zwischen Chruschtschow und Tito in Leningrad⁴ herauskomme. Auch der bevorstehende Besuch Chruschtschows in den skandinavischen Ländern⁵ werde sicherlich aufschlußreich werden. Er sei allerdings der Auffassung, daß es sich dabei mehr um eine Operation *Charme* handle.

Couve de Murville teilte diese Auffassung und erklärte, er glaube nicht, daß Chruschtschow im Augenblick in Berlin irgendwelche Schwierigkeiten machen wolle. Es sei vor allem die Frage, ob seine antideutschen Reden⁶ nicht eher wegen der Chinesen als wegen sonst irgend jemand gehalten würden.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. Juni 1964 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Bei der Stichwahl am 19. Dezember 1965 wurde Staatspräsident de Gaulle in seinem Amt bestätigt.

³ Zur Antwort des Bundeskanzlers Erhard auf das sowjetische Aide-mémoire vom 11. März 1964 vgl. Dok. 155.

⁴ Zum Treffen vom 8./9. Juni 1964 vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 141 f.

Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 26. Juni 1964; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 245; B 150, Aktenkopien 1964.

⁵ Vom 16. Juni bis 4. Juli 1964 besuchte der sowjetische Ministerpräsident Dänemark, Schweden und Norwegen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 147 f., Z 153 und Z 168 f.

Ministerialdirektor Krapf legte am 6. Juli 1964 eine Analyse dazu vor. Er stellte fest, daß die Skandinavienreise von Chruschtschow aus westlicher Sicht nicht negativ zu beurteilen sei. Die skandinavischen Politiker hätten „in allen entscheidenden Fragen in kühler Gelassenheit und Festigkeit dem sowjetischen Gast den westlichen Standpunkt entgegengehalten“. Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 252; B 150, Aktenkopien 1964.

⁶ Anläßlich einer sowjetisch-polnischen Freundschaftskundgebung am 15. April 1964 in Moskau äußerte der sowjetische Ministerpräsident beispielsweise: „In der Politik und in der ganzen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zeigt sich immer deutlicher der Geist des Revanchismus und des Militarismus, ein Erbe aus der Zeit des Dritten Reiches. Immer mehr Tatsachen sprechen dafür, daß die Leitsterne der heutigen Führung Westdeutschlands die Begierde nach Revanche und das Verlangen sind, koste es was es wolle, die Niederlage im Zweiten Weltkrieg in einen Sieg des deutschen Militarismus umzuwandeln.“ Für den Wortlaut der Rede vgl. DzD IV/10, S. 487–489 (Auszug).

Der Herr *Minister* bezeichnete dies als wahrscheinlich. Aus deutscher Perspektive ergebe sich aus dem Konflikt Moskau-Peking⁷ ein stärkerer ideologischer Druck auf Chruschtschow. Das habe sich besonders nach Abschluß des Atomversuchsstopp-Abkommens⁸ gezeigt. Der Bundesregierung habe immer am Herzen gelegen, deutlich zu machen, daß Pankow isoliert sei und folglich nur in Moskau unterzeichnen könne.⁹ Gleichzeitig sei eine große chinesische Kampagne gelaufen, Moskau habe Pankow verraten.¹⁰

In diesem Zusammenhang stellte Außenminister *Couve de Murville* die Frage, ob an eine Reise Chruschtschows nach Deutschland oder eine Reise der Bundesregierung nach Moskau gedacht sei. Er wolle gleich hinzufügen, daß seit dem vor vier Jahren stattgehabten Besuch Chruschtschows in Paris¹¹ immer wieder die Frage gestellt werde, wann General de Gaulle diesen Besuch erwidern werde. General de Gaulle habe derzeit jedoch keinerlei derartige Absicht, da es weder notwendig noch opportun erscheine.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die Bundesregierung von einem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau nichts halte. Im übrigen gebe es auch gar keine dahin gerichtete Einladung. Er selbst sei der Meinung, daß sich der Bundeskanzler dem Risiko eines solchen Besuches nicht aussetzen sollte. Anders läge die Frage, falls Chruschtschow irgendein Interesse an einem Besuch in Bonn zeigen würde. Da Adenauer 1955 in Moskau gewesen sei¹², wäre ein Besuch Chruschtschows hier ziemlich einfach zu bewerkstelligen, und falls Chruschtschow eine solche Neigung zeigen würde, würde er (der Herr Minister) dem ziemlich positiv gegenüberstehen. In einem solchen Falle würde nämlich Chruschtschow das Risiko tragen, da ein solcher Besuch die Möglichkeit geben würde, ihm von vielen Leuten die deutsche Haltung klarzumachen. Er kenne natürlich Chruschtschows Gedanken in dieser Beziehung nicht, doch sei Chruschtschow ein neugieriger und selbstsicherer Mann, und es sei daher nicht ausgeschlossen, daß er in einer bestimmten Konstellation ein solches Interesse haben könnte.

Außenminister *Couve* stimmte dieser Auffassung zu und sagte, ein solcher Besuch wäre wohl positiv zu beurteilen. Auch ihm werde immer wieder von den

⁷ Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 112, Anm. 14.

⁸ Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

⁹ Die DDR unterzeichnete das Teststopp-Abkommen am 8. August 1963 in Moskau, während die Bundesrepublik am 19. August 1963 in Moskau, Washington und London unterzeichnete. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 308 und Dok. 314.

¹⁰ In einem Artikel der chinesischen Zeitung „Renmin Ribao“ vom 23. August 1963 wurde die Haltung der UdSSR zum Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen und zu den dabei abgegebenen Erklärungen der Westmächte über die Nichtanerkennung der DDR als „an extremely ignoble act of betrayal“ bezeichnet. Die Hinnahme dieser Erklärungen durch die UdSSR bedeute die Annullierung des internationalen Status der DDR und eine De-facto-Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Vgl. dazu PEKING REVIEW, Nr. 35 vom 30. August 1963, S. 12f. Vgl. dazu ferner AdG 1963, S. 10804.

¹¹ Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 23. März bis 3. April 1960 zu einem Staatsbesuch in Frankreich auf. Vgl. dazu DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 237–246.

¹² Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. Dok. 99, Anm. 13.

Russen die Frage gestellt, wann er nach Moskau zu gehen beabsichtige. Er habe darauf nie eine Antwort gegeben und habe auch keine solche Absicht, weil aus einer derartigen Reise doch nichts Gutes herauskäme.¹³

Der Herr *Minister* erklärte dann, die Bundesregierung beobachte mit gewissem Interesse die sowjetische wirtschaftliche Lage und habe dabei den Eindruck, als umgehe die sowjetische Regierung Deutschland in gewissem Sinne. So hätten die Sowjets Kontakte mit Japan, England, Frankreich, Italien, wohl auch der Schweiz und anderen Ländern aufgenommen im Zusammenhang mit der Erstellung von chemischen und Kunststofffabriken.¹⁴ Dabei stelle sich natürlich sofort das Problem der Kredite.¹⁵ Er wisse nicht, ob die Verhandlungen mit Großbritannien schon zu einem endgültigen Abschluß gekommen seien. Jedenfalls aber habe England die Absicht, zehnjährige Garantien zu geben.¹⁶ Der Herr Minister stellte dann die Frage, wie dieses Problem in Frankreich gesehen werde.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, es handle sich hier um ein höchst schwieriges Problem. Die Briten verhandelten zur Zeit in Moskau über den Verkauf von chemischen Fabriken, wobei die Kredite sich über 10 bis 15 Jahre erstrecken sollten. Sollte es zu einem solchen Abschluß kommen, befände sich Frankreich in einer höchst schwierigen Lage. Dies gelte für Rußland. Was die Satelliten anbelange, sei die Frage politisch weniger wichtig, und angesichts der fortschreitenden Emanzipation dieser Länder sei es vielleicht sogar nützlich, diesen Ländern zu helfen, damit sie mehr Freiheit für sich erringen könnten. Er hätte daher keine Skrupel, bei den Satellitenländern über die Kreditfrist von fünf Jahren¹⁷ etwas hinauszugehen. Das sei zwar noch nicht tatsächlich eingetreten, doch fasse Frankreich diese Möglichkeit ins Auge. Was Rußland anbelange, liege die Frage sehr viel delikater. Herr Couve de Murville fragte dann den Herrn Minister, wie er die Sache sehe.

Der Herr *Minister* erklärte, das Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Satellitenstaaten entspreche der französischen Auffassung, wobei auch hier sich noch kein konkreter Fall ereignet habe. Gegenüber der Sowjetunion bleibe die Bundesregierung jedoch weiterhin bei der Auffassung, die sie in der Debatte im NATO-Rat im vergangenen Herbst¹⁸ eingenommen habe. Die Bundesregierung habe auch ihr Bestes versucht, um England zur Aufgabe seiner

¹³ Der französische Außenminister besuchte vom 28. Oktober bis 2. November 1965 die UdSSR. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1965, Z 225.

¹⁴ Zum Interesse deutscher und französischer Firmen an einem Petrochemieprojekt in der UdSSR vgl. Dok. 45, Anm. 22.

¹⁵ Zu einer Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. besonders Dok. 2 und Dok. 5.

¹⁶ Das Referat III A 6 wies am 4. Juni 1964 darauf hin, daß es – entgegen Aussagen aus französischen Industriekreisen – bisher anscheinend nicht zu vertraglichen Vereinbarungen zwischen sowjetischen und britischen Stellen über die Lieferung von chemischen Anlagen bei Einräumung von Krediten bis zu 15 Jahren gekommen sei. Allerdings sei darüber verhandelt worden. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1964.

¹⁷ Zur Übereinkunft der EWG-Staaten vom Oktober 1962, keine staatlich verbürgten Lieferkredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu gewähren, vgl. Dok. 45, Anm. 20.

¹⁸ Zur Sondersitzung des NATO-Rats vom 18. November 1963 über die Kreditfrage vgl. Dok. 2, Anm. 3, und Dok. 5, Anm. 7.

Haltung zu bewegen.¹⁹ Bislang habe Frankreich die Meinung vertreten, daß langfristige Kredite nur die Entwicklung Rußlands fördern und seine Produktionskapazität erhöhen, damit also die Rüstung erleichtern würden. Wegen des starken Akzents auf der Rüstung hätten die Russen bisher den chemischen Sektor vernachlässigen müssen. Hilfe man ihnen jetzt, so erleichtere man ihnen die Stärkung ihrer militärischen Möglichkeiten.

Außenminister *Couve de Murville* äußerte die Auffassung, daß die Frage nunmehr sehr viel schwieriger werden könnte. Man müsse daher in ständigem Kontakt bleiben, um die deutsche und französische Auffassung aufeinander abzustimmen.

Der Herr *Minister* verwies noch einmal darauf, daß die Russen im Augenblick Deutschland zu umgehen versuchten. Sie wollten den Eindruck erwecken, als könnten sie mit den anderen zu Abmachungen kommen, was natürlich Deutschland in eine höchst prekäre Situation hineinbringen würde. In diesem Zusammenhang wäre es natürlich schlecht, wenn ein weiterer Pfeiler zusammenbrechen würde. In Großbritannien werde man an der Regierungshaltung nicht viel ändern können, obwohl man weiterhin versuche, Druck auszuüben. Daher blieben als Pfeiler nur Frankreich, Amerika und Deutschland übrig. Italien stehe ohnehin schon wackelig in dieser Angelegenheit.²⁰

Der Herr Minister kam dann auf den Briefwechsel zwischen General de Gaulle und dem Herrn Bundeskanzler über die Argoud-Angelegenheit²¹ zu sprechen und erklärte, der Außenpolitische Ausschuß werde wahrscheinlich eine Veröffentlichung dieses Briefwechsels fordern²², da die SPD in diesem Zusammenhang eine neue Kampagne starten wolle.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, er könne diese Frage nicht beantworten, werde sie aber dem General unterbreiten, der selbst darüber zu befinden habe.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß er persönlich nicht viel von einer Veröffentlichung halte.

Das Gespräch wandte sich dann dem Getreidepreis²³ zu. Außenminister *Couve de Murville* betonte eingangs das Verständnis Frankreichs für die Position Deutschlands und meinte, es wäre sicherlich nützlich, wenn die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland hier zu kämpfen habe, in Brüssel immer wieder

¹⁹ Vgl. dazu besonders die Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard am 15./16. Januar 1964 gegenüber Premierminister Douglas-Home; Dok. 13 und Dok. 14.

²⁰ Zur Kreditfrage vgl. weiter Dok. 192.

²¹ Vgl. dazu Dok. 87.

²² In der Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten legte Staatssekretär Carstens am 16. Juni 1964 dar, die französische Seite habe sich zu einer Veröffentlichung des Briefwechsels bisher nicht geäußert. Die Mehrzahl der Ausschußmitglieder, insbesondere die SPD-Abgeordneten Erler und Wehner, zeigten sich über die Beilegung der Affäre durch den Briefwechsel nicht befriedigt. Der Ausschuß beschloß daraufhin, „die Bundesregierung möge prüfen, ob im Hinblick auf eine erneute Behandlung der Angelegenheit im Parlament die Zustimmung der französischen Regierung zu einer ... Ergänzung des Briefwechsels herbeigeführt werden könne“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 18. Juni 1964; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1964.

²³ Zur Regelung des Getreidepreises vgl. Dok. 59, Anm. 45–47, und zuletzt Dok. 110.

dargelegt würden. Eines Tages aber werde man die Frage regeln müssen.²⁴ Er fragte den Herrn Minister, welche Möglichkeiten Deutschland dazu sehe.

Der Herr *Minister* erwiderte, dieses Problem habe einen sachlichen und einen innerpolitischen Aspekt. Sachlich könne man der Landwirtschaft kaum zumuten, die Preise zu senken, während alle anderen Preise anstiegen. Es bestehe daher die Gefahr, daß bei einer Preissenkung praktisch die Landwirtschaft verloren gehe. Man müsse infolgedessen wissen, wer bei einem geringeren Preisniveau den Unterschied bezahle. Die zweite Frage sei, welche Antwort auf das Problem die wirtschaftlich richtige sei. Diese Frage habe einen langfristigen und einen kurzfristigen Aspekt. Um den kurzfristigen Aspekt beantworten zu können, müsse man wissen, was getan werden könne, um die Verluste auszugleichen, das heißt was von deutscher und Gemeinschaftsseite getan werden könne. Die von der deutschen Delegation in Brüssel unterbreiteten Fragen²⁵ seien insofern pertinent, als man die Antwort darauf haben müsse, ehe man das Gesamtproblem den Bauern klarmachen könne. Dazu komme die Kennedy-Runde, die zeitlich gesehen einen immer stärkeren Druck ausübe, weil die Kenntnis des Preises von gewisser Bedeutung sei.²⁶ Sie sei vielleicht nicht so bedeutend, wie sie von manchen dargestellt werde. Die Bundesregierung sei der Auffassung, daß es einen Eindruck auf die deutsche Öffentlichkeit und die Bauern nicht verfehlen werde, wenn die von der deutschen Delegation gestellten Fragen befriedigend beantwortet würden und gleichzeitig die Bedeutung der ganzen Sache für die Kennedy-Runde klargemacht würde. Tatsächlich befinde man sich deswegen in einer schwierigen Situation, weil es bis zu den Wahlen²⁷ nur noch 15 Monate seien. Eine Entscheidung über den Getreidepreis, selbst wenn dieser erst ein Jahr nach den Wahlen tatsächlich praktiziert werden müßte, wäre heute folglich nicht einfach darzulegen. Dabei handle es sich nicht nur um den Eindruck bei der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung selbst, sondern überhaupt um die Atmosphäre in ländlichen Kreisen, die sich verheerend auswirken würde. Es handle sich bei der Entscheidung nicht um etwas, was die Regierung einfach dekretieren könnte, vielmehr bedürfe sie der Unterstützung durch die Bauern.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, im Zusammenhang mit dem bäuer-

²⁴ Entgegen der ursprünglichen Absicht, bereits bis zum 15. April 1964 eine Regelung für die Einführung eines gemeinsamen Getreidepreises in der Gemeinschaft zu verabschieden, faßte der EWG-Ministerrat am 2. Juni 1964 den Beschluß, die Entscheidung darüber bis zum 15. Dezember 1964 zurückzustellen. Vgl. BULLETIN DER EWG 8/1964, S. 45 und S. 66.

²⁵ Am 14. April 1964 unterbreitete Bundesminister Schwarz dem EWG-Ministerrat einen Katalog von Fragen im Zusammenhang mit der anstehenden Regelung des Getreidepreises. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1964, S. 581 f.

Zur Reaktion der EWG-Kommission vgl. die Aufzeichnung des Referats III A 2 vom 3. Juni 1964; Referat III A 2, Bd. 58.

²⁶ Mit Fernschreiben vom 4. Juni 1964 an Bundesminister Schröder monierte der Präsident der EWG-Kommission, daß die Vertagung der Entscheidung über die Angleichung der Getreidepreise bis zum 15. Dezember 1964 den Verpflichtungen entgegenstehe, „die der Rat zu wiederholten Malen eingegangen ist“. Hallstein wies darauf hin, daß die Verschiebung die gesamte Kennedy-Runde gefährde. Außerdem werde „das gesamte Werk der gemeinsamen Agrarpolitik“ in Frage gestellt. Vgl. Ministerbüro, Bd. 210.

Zu den Verhandlungen bei der Kennedy-Runde vgl. auch Dok. 122.

²⁷ Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

lichen Einkommen sei vielleicht ein Punkt zu berücksichtigen. Zwischen Deutschland und Frankreich bestehe hier ein großer Unterschied insoweit, als Frankreich den Bauern sehr viel stärkere staatliche Hilfen einräume als auf den ersten Blick erkennbar sei. Das beziehe sich insbesondere auf das Gebiet der Sozialversicherung, die für die Bauern in Frankreich bestehe und deren größter Teil vom Staat getragen werde. Etwas Ähnliches gebe es in Deutschland nicht. Trotz des niedrigeren Preisniveaus in Frankreich sei das Einkommen der Bauern dort infolgedessen ungefähr dem deutschen vergleichbar. Er habe sich immer wieder gefragt, ob hier nicht eine Möglichkeit zur Lösung des Problems für Deutschland gegeben sei.

Der Herr *Minister* sagte, die Bundesregierung wolle alles in ihrer Macht Stehende tun und gebe der Landwirtschaft im Rahmen des Grünen Plans²⁸ schon umfangreiche Hilfen. Dennoch werde sie auf eine Unterstützung der Gemeinschaft auf längere Zeit nicht verzichten können. Der Mansholt-Plan sehe dies auch vor.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, vielleicht sollten Herr Lahr und Herr Wormser diese Frage einmal näher erörtern.²⁹

Der Herr *Minister* begrüßte dies. Der Herr Minister kam dann auf die Frage China zu sprechen und erklärte, Nationalchina habe um Akkreditierung eines Botschafters beim Gemeinsamen Markt gebeten, und er wäre dankbar, wenn Frankreich entweder für diesen Antrag stimmen oder sich wenigstens enthalten würde.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, dies sei keineswegs einfach, da Formosa soeben die Beziehungen mit Frankreich abgebrochen³⁰ und Frankreich Beziehungen zu Peking aufgenommen³¹ habe. Von den sechs Ländern gebe es drei, die keine Beziehungen zu Formosa hätten. Der Handel werde sicherlich nicht behindert, auch wenn Nationalchina keinen Botschafter in Brüssel hätte. Vor einem Jahr wäre es wohl für Frankreich noch möglich gewesen, diesem Schritt zuzustimmen. Heute sei es höchst schwierig. Es sei auch nicht etwa ein Zufall, daß Nationalchina gerade jetzt diesen Antrag stelle.

Der Herr *Minister* erwähnte, daß gelegentlich auch die Fassade eine Rolle spiele. So habe Bonn schon vor der französischen Anerkennung Rotchinas sich Gedanken gemacht, ob nicht die Möglichkeit eines Warenabkommens mit Peking bestehe.³² Wenn ein solches Abkommen zum Beispiel eine Berlin-Klausel enthalten würde, wäre dies sicherlich für Deutschland gut. Angesichts des kürzlichen französischen Schritts erhalte jedoch jetzt jeder Schritt gegenüber Peking einen viel spektakuläreren Anstrich. Dem entgegenzuwirken wäre die

²⁸ Der Grüne Plan 1964 wurde am 5. Februar 1964 von seiten der Bundesregierung vorgelegt. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 88, zu Drucksache IV/1860.

²⁹ Zum Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Wormser, am 16. Juli 1964 vgl. Dok. 207.

³⁰ Die Republik China (Taiwan) gab am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 44.

³¹ Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. besonders Dok. 11 und Dok. 17.

³² Zu den Sondierungen über die Möglichkeit eines Warenabkommens mit der Volksrepublik China vgl. zuletzt Dok. 143.

Zulassung eines nationalchinesischen Botschafters in Brüssel geeignet. Dies sei auch innenpolitisch nicht unwichtig, da es eine Reihe von Abgeordneten gebe, die Formosa große Sympathie entgegenbrächten.³³

Außenminister *Couve de Murville* kam dann auf Amerika zu sprechen und erklärte, über den Erfolg Goldwaters³⁴ sei Frankreich keineswegs entzückt. Dies werde sicherlich keinen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen haben, aber die nationalistische, isolationistische und rassistische Tendenz und gleichzeitig die Unkenntnis der übrigen Welt, wie sie von Goldwater repräsentiert werde, sei höchst unerfreulich, zumal Goldwater eine so starke Unterstützung bekommen habe.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß Kennedy nur mit einer äußerst knappen Mehrheit gewählt worden sei³⁵ und viele, die damals Nixon gewählt hätten, möglicherweise Goldwater wählen würden. Die Frage sei natürlich, wer auf der republikanischen Konvention nominiert werde. In letzter Zeit hätten ihm viele Amerikaner gesagt, sie glaubten eher an Scranton oder Nixon, obwohl Goldwater schon sehr viel Unterstützung erhalten habe.

Der Herr Minister kam dann auf die Deutschland-Initiative³⁶ zu sprechen.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte dazu, der Herr Minister werde dieses wichtige Thema sicherlich in Washington³⁷ besprechen. Es handle sich darum, wie man die deutsche Frage und die Wiedervereinigung lebendig erhalten könne. Frankreich stehe dieser Frage sehr aufgeschlossen gegenüber und sei bereit, jegliche Formel zu prüfen. So habe es auch dem deutschen Vorschlag eines deutschen Entwurfs, der dann von den drei Westmächten unterstützt würde, zugestimmt. Inzwischen habe der Herr Minister seine Auffassung ja dahingehend geändert, daß er lieber eine Drei-Mächte-Manifestation haben möchte, und auch das werde Frankreich gerne prüfen. Daneben gebe es die Zwischenformeln, wie zum Beispiel den britischen Vorschlag einer Vier-Mächte-Kommission. Bei all diesen Vorschlägen gehe es weniger darum, bei den Russen tatsächlich etwas Bedeutsames zu erreichen, sondern vielmehr darum, die deutsche Frage nicht einschlafen zu lassen.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß sein ursprünglicher Vorschlag eines deutschen Entwurfs, der dann von den drei Mächten unterstützt würde, keinesfalls fallen gelassen worden sei. Vielmehr sei er der Auffassung, daß bereits Einigkeit darüber bestehe, daß zu einem geeigneten Zeitpunkt ein solcher Schritt getan werden könnte. Alle übrigen Schritte müsse man unter dem Gesichtspunkt sehen, ob sie entweder erfolgsversprechend oder in der interna-

³³ Beispielsweise sprach sich der CDU-Abgeordnete Majonica wiederholt für eine Intensivierung der Beziehungen zur Republik China (Taiwan) aus. Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 210 und Dok. 364.

³⁴ Aufgrund des erfolgreichen Abschneidens bei den Vorwahlen wurde Senator Goldwater auf dem Parteikonvent der Republikanischen Partei vom 13. bis 16. Juli 1964 in San Franzisko zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 173. Vgl. Dok. 161, besonders Anm. 9.

³⁵ Bei den Präsidentschaftswahlen vom 8. November 1960 konnte John F. Kennedy nur rund 112000 Stimmen mehr auf sich vereinen als sein Gegenkandidat Richard M. Nixon. Vgl. dazu AdG 1960, S. 8822.

³⁶ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Initiative in der Deutschland-Frage vgl. besonders Dok. 124 und Dok. 126.

³⁷ Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

tionalen Diskussion nützlich seien. Er selbst nehme die Haltung ein, daß die Alliierten sich ganz klar zur Wiedervereinigung Deutschlands verpflichtet haben. Sein Bemühen gehe dahin, von den Westmächten multilateral und individuell erklärt zu sehen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ihr Ziel bleibe. In gewissen Fällen könne dies gemeinsam geschehen, und darin sehe er den Wert des NATO-Kommuniqués³⁸. Die Aussichtslosigkeit einer Annahme solcher Vorschläge durch Rußland dürfe einen nicht daran hindern, derartige diplomatische Tätigkeiten zu entfalten. Natürlich müsse ein Nutzen dabei herauspringen. Dieser Nutzen dürfe jedoch nicht nur im tatsächlichen Erfolg gesehen werden, sondern eine bedeutsame und wertvolle Demonstration könne ebenso nützlich sein. Er wäre dankbar, wenn auch Frankreich Anregungen machen würde, welche Schritte denkbar seien.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, sicherlich dürfe man sich nicht in der Hoffnung wiegen, daß eine derartige Initiative im Augenblick bei den Russen auf Erfolg stoßen werde. Es gehe aber nicht nur darum. Frankreich sei gerne bereit, andere Möglichkeiten jederzeit zu prüfen. Er wäre dankbar, wenn der Herr Minister ihn über die in Washington besprochenen Möglichkeiten unterrichten würde. Wolle man einen richtigen Plan vorlegen, so könnten natürlich Schwierigkeiten mit den einzelnen Teilen dieses Plans unter den Alliierten auftauchen, da ein solcher Plan auch Aussagen über die Grenzen, über die Abrüstung und die europäische Sicherheit zum Inhalt haben müßte. Es wäre daher vielleicht nützlich, den britischen Gedanken einer Vier-Mächte-Kommission weiter zu erörtern.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß es mehrere Möglichkeiten für ein aktiveres Vorgehen auf diesem Gebiet gebe. Es gebe den Gedanken der Vier-Mächte-Kommission, es gebe die Möglichkeit der Vorlagen eines detaillierteren Drei-Mächte-Planes und als dritte Möglichkeit eine spezifisch auf die drei Westmächte abgestellte Manifestation. So hätten die drei Westmächte ja den Deutschland-Vertrag unterschrieben, der klar die Verpflichtung zur Wiedervereinigung enthalte.³⁹ Er wäre dankbar, wenn von französischer Seite ebenfalls Vorschläge gemacht würden, welche anderen Möglichkeiten man in Frankreich sehe.

Außenminister *Couve de Murville* erinnerte daran, daß für die zweite Lösung das Sicherheits- und Grenzproblem schwierig sei. Für die Grenzen könne man sich immer auf den Friedensvertrag beziehen. Das Haupthindernis bilde vielmehr eine Einigung unter den Alliierten über die militärische Regelung in Mitteleuropa. Er werde aber gerne die französischen Überlegungen zu diesen Themen nach Bonn geben. Vielleicht könne das Thema bei dem bevorstehenden Besuch von General de Gaulle in Bonn⁴⁰ erneut angeschnitten werden.

Das Gespräch endete um 12.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

³⁸ Zum Kommuniqué vom 14. Mai 1964 über die Tagung des NATO-Ministerrats vgl. Dok. 127, Anm. 11.

³⁹ Zur Verpflichtung der drei Westmächte im Deutschland-Vertrag vom 23. Oktober 1954 auf das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands vgl. Dok. 75, Anm. 14.

⁴⁰ Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 3./4. Juli 1964 vgl. Dok. 180–188.

Gepräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville

I A 1-80.11/765/64 geheim

8. Juni 1964¹Teilnehmer: siehe Anlage.²

Am 8. Juni 1964 fand in Bonn die regelmäßige vierteljährliche Konsultation der beiden Außenminister Deutschlands und Frankreichs statt. Nach einem etwa zweistündigen Gespräch unter vier Augen³ setzten die Minister ihre Besprechungen unter Hinzuziehung der beiden Delegationen fort.

Ministerialdirektor Dr. *Sachs* berichtete einleitend über die Besprechungen, die die beiden Delegationen in Abwesenheit der Außenminister geführt hatten (vgl. hierzu Ergebnisniederschrift vom 12. Juni 1964 – I A 1-80.11/1764/64 VS-vertraulich).⁴

Die Minister erörterten sodann folgende Themen:

- Lateinamerika;
- Spanien;
- Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Ball in Paris und in diesem Zusammenhang die Lage in Südostasien.

1) Lateinamerika

Der Herr *Bundesaußenminister* gab einen Bericht über den Besuch des Herrn Bundespräsidenten in Lateinamerika.⁵ Der Herr Bundespräsident habe vier Länder besucht, Peru, Chile, Argentinien und Brasilien. Übereinstimmend für alle Länder könne festgestellt werden, daß

a) die Regierungen in sehr viel stärkerer Weise auf die Zusammenarbeit mit den USA eingestellt seien als dies oft angenommen werde. Der Grund hierfür liege vor allem darin, daß der Hauptteil der finanziellen Mittel für die Ent-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 26. Juni 1964 von Ministerialdirektor Jansen über Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder geleitet.

² Dem Vorgang beigelegt. Zur deutschen Delegation gehörten: Bundesminister Schröder, Staatssekretär Carstens, Ministerialdirektor Jansen, Ministerialdirektor Sachs, Ministerialdirektor Krapf, Botschafter Klaiber, Vortragender Legationsrat I. Klasse Simon, Legationsrat I. Klasse Kastl, Legationsrat I. Klasse Lang, Dolmetscherin Bouverat; zur französischen Delegation gehörten: Außenminister Couve de Murville, Abteilungsleiter Lucet, Abteilungsleiter Wormser, Botschafter de Margerie, der Kabinettschef des Außenministers, de Beaumarchais, Gesandter Lebel, Gesandter Graf d'Aumale und Unterabteilungsleiter Toffin.

³ Vgl. Dok. 153.

⁴ In der Besprechung der beiden Delegationen kamen die Themen Kennedy-Runde, Welthandelskonferenz, Kredite an Ostblock-Staaten, Entwicklungshilfe für Lateinamerika und Finanzhilfe für die Türkei zur Sprache. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 15; B 150, Aktenkopien 1964.

⁵ Bundespräsident Lübke stattete vom 24. April bis 14. Mai 1964 Peru, Chile, Argentinien und Brasilien Staatsbesuche ab. Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 603 f. und S. 778.

wicklung der Länder aus der von Präsident Kennedy ins Leben gerufenen „Allianz für den Fortschritt“⁶ komme;

b) die Regierungen den deutschen Problemen gegenüber sehr aufgeschlossen seien und daß die von deutscher Seite hierzu abgegebenen Erklärungen bei ihnen eine sehr positive Resonanz gefunden hätten. Die Bundesrepublik habe eine gewisse Sorge im Falle Brasiliens gehabt, da einer der letzten brasilianischen Außenminister bei seinem Besuch in Bonn⁷ recht negative Erklärungen zu den deutschen Problemen abgegeben habe;

c) die Regierungen an der Pflege der Beziehungen ihrer Länder zu Europa sehr interessiert seien und große Hoffnungen auf Europa und seine Hilfe setzten. Der Herr Bundespräsident habe in seinen Reden und Erklärungen die Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika besonders hervorgehoben; er habe die deutsch-französische Zusammenarbeit in starker Weise unterstrichen, auf die Zugehörigkeit Lateinamerikas zur Freien Welt und die Gefahren, die hier von kommunistischer Seite drohten, hingewiesen. Auf deutscher Seite habe man den Eindruck gehabt, daß der Besuch für die Stärkung der demokratischen Kräfte in diesen Ländern sehr nützlich gewesen sei; dies gelte vor allem im Falle Chile.

Das überraschendste Land in mancher Beziehung sei Peru. Die sozialen und rassischen Verschiedenheiten seien außerordentlich stark, das soziale Niveau recht niedrig. In der Hauptstadt Lima seien allerdings einige kulturell recht beachtliche Leistungen festzustellen gewesen.

Chile stehe vor der Wahl eines neuen Präsidenten.⁸ Frei sei der Kandidat der Christlichen Demokraten, allerdings decke sich diese Parteibezeichnung nicht ganz mit unseren Vorstellungen; die Christlich-Demokratische Partei Chiles habe eine stark sozialrevolutionäre Note. Sein Gegenkandidat sei der stärker links eingestellte Allende. Die größeren Chancen seien nach unserem Eindruck wohl Frei einzuräumen. Da wir verständlicherweise alle Kandidaten unter dem Gesichtspunkt ihrer Einstellung zu unseren deutschen Problemen sähen, würden wir eine Wahl des Christlich-Demokratischen Kandidaten vorziehen.

Argentinien habe unter dem Präsidenten Illia eine gutwillige und maßvolle Regierung, die allerdings noch nicht fest begründet sei und wohl auch noch auf Jahre hinaus nicht sehr stabil sein werde. Es gebe immer noch das Problem der Peronisten, und es sei schwer zu sagen, wie lange sich die Regierung halten werde. Im Augenblick brauchte man jedoch nicht mit einer allzu unruhigen Phase zu rechnen. Von deutscher Seite sei man besonders an den Devisenbestimmungen der argentinischen Regierung interessiert gewesen.⁹ Es sei schwer zu sagen, wie weit die Besorgnisse hier ausgeräumt werden konnten.

⁶ Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 22.

⁷ Vermutlich der Besuch des brasilianischen Außenministers Dantas in Bonn vom 17. bis 19. Mai 1962. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 801 f. und S. 809 f.

⁸ Bei der Wahl vom 4. September 1964 wurde der Kandidat der Christlich-Demokratischen Partei, Frei, zum neuen Präsidenten gewählt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 199.

⁹ Am 13. April 1964 traten in Argentinien Bestimmungen über eine verschärfte staatliche Überwachung des Devisenmarkts in Kraft. Dies führte zu Besorgnissen ausländischer Anleger. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11172. Vgl. ferner Referat III B 4, Bd. 2.

Für alle drei Länder gelte, daß die aufzubringenden Mittel für ihre Entwicklung gewaltig seien. Europa könne die amerikanische Hilfe deshalb nicht ersetzen, so erwünscht und nützlich seine Unterstützung auch sei. In allen Ländern bestehe der Wunsch, keine einseitigen finanziellen Bindungen an die USA einzugehen. Seltsamerweise habe sich bei diesem Besuch herausgestellt, daß diese Länder ihr eigenes Kapital weitgehend in Europa unterbringen und nicht zur Entwicklung im Lande selbst verwenden. Die Verbindung mit Europa sei also nicht nur kulturell und geistig, sondern auch wirtschaftlicher Art.

In Brasilien habe die große Gefahr einer kommunistischen Herrschaftsübernahme bestanden.¹⁰ Der neue Ministerpräsident Branco werde als ein sehr integrierter Mann beschrieben. Seine Regierung sei von einem starken Reformwillen beherrscht. Außenminister sei der uns allen bekannte brasilianische Berufsdiplomat Da Cunha. Die Regierung stütze sich nicht nur auf das Militär, sondern finde auch in der Öffentlichkeit eine breite Zustimmung.

Außenminister *Couve de Murville* dankte für den Bericht, der besonders interessant im Hinblick auf die bevorstehende Reise des französischen Staatspräsidenten nach Lateinamerika¹¹ sei. Präsident de Gaulle werde in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober nach Lateinamerika reisen und dabei sämtliche Länder besuchen, auch wenn er sich in dem einen oder anderen nur einen Tag aufhalten könne. Die Eindrücke, die man auf deutscher Seite von der Situation in Lateinamerika empfangen habe, entsprächen denen der französischen Regierung. Es sei normal, daß Lateinamerika zu den USA seine wichtigsten Beziehungen habe. Von den USA werde der Hauptteil der finanziellen und wirtschaftlichen Hilfe getragen; aber auch Europa habe hier eine wichtige Aufgabe wahrzunehmen. Zwar könne Europa finanziell nichts mit den USA Vergleichbares leisten. Im Bereich der Entwicklungshilfe würde Europa nur an zweiter Stelle nach den USA tätig werden können. Europa sei aber in der Lage, auf politischem, menschlichem und ideologischem Gebiet eine nützliche Aufgabe zu übernehmen und diesen Ländern das zu geben, was sie zu ihrer Entwicklung brauchten. Wichtiger als Geld sei die Bildung und Entwicklung der Bevölkerung. Auf kulturellem Gebiet könne Europa den lateinamerikanischen Staaten mehr geben als die USA. Es sei deshalb Unsinn, von einer Rivalität Europas mit den USA zu sprechen, wie man es gelegentlich in der amerikanischen Presse lesen könne. Die amerikanische Regierung sei sich der Bedeutung Europas für die Entwicklung des lateinamerikanischen Subkontinents bewußt. Für die lateinamerikanischen Staaten sei zudem die Präsenz anderer Gesprächspartner als nur der USA wichtig. Wenn der Herr Bundesaußenminister davon gesprochen habe, daß lateinamerikanische Kapitalien im Ausland investiert würden, so zeige dies nur den Beweis mangelnden Vertrauens in die eigene Regierung.

Der Herr *Bundesaußenminister* unterstützte die Ausführungen des französi-

¹⁰ Angesichts eines sich ausbreitenden Aufstands flüchtete der brasilianische Präsident Goulart am 2. April 1964 nach Uruguay. In den folgenden Tagen wurden zahlreiche Kommunisten und linksgerichtete Politiker verhaftet. Am 11. April 1964 wurde General Castelo Branco von beiden Häusern des Kongresses zum neuen Präsidenten gewählt. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1964, Z 93.

¹¹ Vom 21. September bis 16. Oktober 1964 besuchte der französische Staatspräsident zehn südamerikanischen Staaten. Vgl. dazu *L'ANNÉE POLITIQUE* 1964, S. 297 f.

schen Außenministers, daß es sich hier für Europa vor allem um ein politisches Problem handele, das zu lösen sei. Bei seinem Besuch in Chile habe er feststellen können, daß man dort eine Hilfe Europas vor allem auf dem Schul- und Erziehungsgebiet wünsche. Die Bundesrepublik habe aber auch durch die vielen deutschen Auswanderer sehr starke wirtschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika. Innerhalb der EWG sei sie der wichtigste Handelspartner für die lateinamerikanischen Staaten, da sie etwas über die Hälfte der Ausfuhren abnehme. Diese Beziehungen könnten durch eine deutsch-französische Zusammenarbeit noch wirksamer werden.¹²

Auch der *französische Außenminister* hob die Wichtigkeit der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen hervor.

Ministerialdirektor Dr. *Jansen* wies darauf hin, daß die frühere Nervosität der lateinamerikanischen Staaten gegenüber dem Gemeinsamen Markt zurückgegangen sei. Die EWG werde heute als ein Faktum hingenommen.

2) Spanien

Außenminister *Couve de Murville* berichtete über seinen Besuch in Madrid.¹³ Der Besuch sei seit Jahren geplant gewesen und habe im Zuge der Entwicklung des französisch-spanischen Verhältnisses gelegen. Er habe mit Außenminister Castiella und General Franco gesprochen. Konkrete Probleme habe man nicht erörtert. Der Besuch sei von beiden Seiten als eine politische Geste aufgefaßt worden. Seine Eindrücke seien nur allgemeiner Art, da er sich nur zwei Tage in Spanien und auch nur in Madrid aufgehalten habe. Wirtschaftlich befinde Spanien sich offenbar auf gutem Wege; insbesondere nach der Währungsreform¹⁴ habe eine stärkere industrielle Entwicklung eingesetzt. Die politische Lage sei sehr schwierig zu beurteilen. 25 Jahre nach dem Bürgerkrieg, d. h. beinahe eine Generation danach, beginne man heute vieles anders zu sehen. Die jüngere Generation betrachte die Dinge nicht mehr vom Standpunkt des Bürgerkrieges aus, sondern blicke in die Zukunft, und hierbei spiele vor allem die wirtschaftliche Entwicklung eine wichtige Rolle. Es sei ein Zufall, daß sein Besuch in Madrid mit der Behandlung des spanischen Antrages

¹² Zu den Überlegungen für eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklungspolitik in Lateinamerika vgl. auch Dok. 49 und Dok. 97.

¹³ Der französische Außenminister hielt sich vom 28. bis 30. Mai 1964 zu einem Besuch in Spanien auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 132 f.

Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 2. Juni 1964, „daß der Zweck des Besuchs nicht in der Einleitung einer neuen französischen Politik gegenüber Spanien oder in dem Abschluß spektakulärer Abmachungen bestanden habe. Gleichwohl hätten die Spanier dem Besuch eine sehr große Bedeutung beigemessen, weil es sich um den ersten Besuch eines französischen Außenministers in Madrid seit dem spanischen Bürgerkrieg gehandelt habe.“ General Franco habe in seinem Gespräch mit Außenminister Couve de Murville das Thema Europa „mehr unter politischem Aspekt und kaum unter dem Thema der Assoziation Spaniens an den gemeinsamen Markt behandelt und betont, „daß Spanien von seiner Seite keine Forderungen stelle. Es sei Sache der Sechser-Staaten zu entscheiden, ob sie Spanien bei Europa haben wollten oder nicht.“ Vgl. Abteilung I (IA 4), VS-Bd. 62; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. ferner den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Breuer, Madrid, vom 31. Mai 1964; Referat IA 4, Bd. 284.

¹⁴ Im Zusammenhang mit der Aufnahme Spaniens in die OEEC am 20. Juli 1959 wurde die Peseta erheblich abgewertet. Zugleich wurden weitere Maßnahmen zur besseren Einbindung der spanischen Währung in das internationale Währungssystem durchgeführt. Vgl. dazu AdG 1959, S. 7849 f.

auf Assoziierung mit der EWG¹⁵ in Brüssel zusammengefallen sei. Die Verbindung Spaniens mit der EWG sei für Spanien und seine Außenpolitik ein essentielles Problem, da sie eine Öffnung nach außen bewirken würde. Es handle sich deshalb nicht nur um eine wirtschaftliche, sondern im besonderen Maße um eine politische Frage. Eine negative Reaktion der EWG auf den spanischen Antrag würde die Isolationisten und Reaktionäre in Spanien stärken. Die in Brüssel gefundene Regelung sei zunächst zufriedenstellend. Es sei allerdings keine Frage, daß es in den weiteren Verhandlungen auch zu Enttäuschungen für Spanien kommen würde.

Französisch-spanische Probleme seien nicht erörtert worden, da es in dem Verhältnis Frankreichs zu Spanien keine besonderen bilateralen Probleme gebe. In seinen Gesprächen mit Außenminister Castiella und General Franco sei allgemein über die Gefahren des Kommunismus, die Lage in Nordafrika und Südostasien gesprochen worden. General Franco habe eindringlich vor der kommunistischen Gefahr gewarnt und eine scharfe Haltung vertreten. Allerdings lege man auf spanischer Seite offenbar den Begriff „Kommunismus“ weiter aus als in den anderen Ländern. Man verstehe darunter alle Strömungen, die gegen Spanien gerichtet seien. General Franco habe sich besonders für Fragen der Verteidigung und Sicherheit interessiert und die Absprachen mit den USA¹⁶ hervorgehoben, die einem Allianzvertrag ähnlich seien. Aus seinen Ausführungen sei hervorgegangen, daß Spanien ein Mitspracherecht bei der Verteidigung und Sicherheit Europas wünsche. Die Frage, wie man Spanien an Europa binden könne, sei aber ein Problem auf lange Sicht.

Zur Lage in Nordafrika habe General Franco die Besorgnis geäußert, daß Algerien kommunistisch werden könnte. Es gäbe Gerüchte, wonach Ben Bella bei seinem Besuch in Moskau¹⁷ sein Einverständnis erklärt habe, daß in Algerien ein Stützpunkt sowjetischer Unterseeboote errichtet würde. Auf französischer Seite betrachte man diesen Komplex jedoch nuancierter und habe General Franco erklärt, daß diese Gerüchte wohl lanciert seien. Ben Bella dürfte kaum daran interessiert sein, daß sich die Sowjetunion in dieser Weise am Mittelmeer festsetze. Er werde auch nach China reisen¹⁸ und habe nicht so stark für Moskau optiert, wie man es in Spanien offenbar fürchte. General Franco habe ferner die guten Beziehungen zwischen Spanien und Marokko hervorgehoben.

Mit Bezug auf Südostasien habe sich General Franco zugunsten der amerikanischen Politik geäußert und seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß

¹⁵ Zum spanischen Wunsch nach einer Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 94.

Auf der Tagung vom 1. bis 3. Juni 1964 ermächtigte der Rat die EWG-Kommission, Besprechungen mit der spanischen Regierung über die wirtschaftlichen Beziehungen Spaniens zur EWG aufzunehmen. Vgl. BULLETIN DER EWG 8/1964, S. 22 f.

¹⁶ Am 26. September 1963 wurde das 1953 geschlossene amerikanisch-spanische Verteidigungsabkommen um weitere fünf Jahre verlängert. Zugleich einigten sich die beiden Staaten auf die Einsetzung eines Konsultativausschusses für Verteidigungsfragen sowie auf die Fortführung amerikanischer Militärhilfe für Spanien. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 609–612.

¹⁷ Zum Besuch des algerischen Präsidenten vom 25. April bis 7. Mai 1964 in der UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 122.

¹⁸ Vor seiner Absetzung empfing Präsident Ben Bella am 30./31. März 1965 den Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Chou En-lai, in Algier. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 71.

Frankreich eine andere Lösung, nämlich die der Neutralisierung¹⁹, befürworte. Er habe daraufhin versucht, General Franco die französische Politik zu erklären. Nach französischer Auffassung stelle sich die Frage so, ob die USA entschlossen seien, einen Krieg mit China zu riskieren, der ein umfassender Krieg, wenn nicht sogar ein Weltkrieg sein könnte. Frankreich würde eine derartige Entscheidung der USA nicht für richtig halten. General Franco habe die französischen Beweggründe offenbar verstanden.

In der Frage der russisch-spanischen Beziehungen sei man zwischen den beiden Botschaften in Paris seit längerer Zeit im diplomatischen Gespräch. Es bestehe auch seit einigen Monaten schon Einigkeit über die Wiederaufnahme der Beziehungen. Die Sowjets könnten sich jedoch offenbar nicht entschließen, weil Rotchina einen solchen Schritt in der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung ausnützen könnte. Hier zeige sich, daß die Aktionsfreiheit der Sowjets durch den Konflikt mit Rotchina behindert sei.

Der Herr *Bundesaußenminister* erklärte, aus dem Verlauf der Verhandlungen in Brüssel sei bemerkenswert, wieviel Widerstand noch gegen eine Verbindung der EWG mit Spanien bestehe. Die Bundesregierung habe soeben den Besuch des Chefs der Präsidialkanzlei und des Direktors des Planungsamtes der spanischen Regierung²⁰ gehabt. Die beiden Herren hätten über den Entwicklungsplan²¹ berichtet, der soziale und regionale Reformen vorsehe und für die Entwicklung der spanischen Wirtschaft daher von großer Bedeutung sei. Zwischen der deutschen und der französischen Regierung bestehe Einigkeit, den Wunsch der spanischen Regierung auf Verbindung mit der EWG im Ministerrat der EWG zu unterstützen. Bei dem Widerstand von italienischer Seite könne man sich fragen, ob dieser mehr auf politischen oder wirtschaftlichen Gründen beruhe.

Der *französische Außenminister* vertrat die Auffassung, daß die Gründe wohl in erster Linie politischer Natur seien. Die Sozialisten in der italienischen Regierung seien aus ihrer Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg gegen eine Verbindung Franco-Spaniens mit der EWG. Er habe schon darauf hingewiesen, daß die Einstellung gegenüber Spanien praktisch eine Generationenfrage sei. Während der Besuch, den er jetzt in Madrid gemacht habe, vor fünf Jahren in Frankreich noch undenkbar gewesen sei, habe es jetzt mit Ausnahme bei den Sozialisten und Kommunisten keine Schwierigkeiten gegeben.

Der Herr *Bundesaußenminister* ergänzte diese Bemerkungen mit dem Hinweis, daß auch die frühere christlich-demokratische italienische Regierung die gleiche Haltung eingenommen habe und daß, wie er bei seinem Besuch in

¹⁹ Zu den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

²⁰ Der Leiter der Präsidialkanzlei des spanischen Staatschefs, Carrero Blanco, und Planungskommissar López Rodó besuchten vom 5. bis 15. Juni 1964 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Referat I A 4, Bd. 282.

²¹ Am 1. Januar 1964 trat in Spanien ein Plan zur Entwicklung der Wirtschaft und Landwirtschaft, der Infrastruktur sowie der Einrichtungen im Sozial- und Bildungsbereich für die Jahre bis 1967 in Kraft. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11036 f.

Oslo²² festgestellt habe, auch die Haltung der norwegischen Regierung gegenüber Spanien von der Vergangenheit bestimmt werde. Dieser Komplex werde in dem Maße abgebaut werden, in dem es gelinge, Spanien mit dem übrigen Europa enger zu verbinden.

3) Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Ball in Paris und in diesem Zusammenhang die Lage in Südostasien²³

Der *französische Außenminister* berichtete über den Besuch, bei dem zwei Unterhaltungen mit ihm selbst und Präsident de Gaulle stattgefunden hätten. Es sei nur über Südostasien²⁴ gesprochen worden. Nach ihrem Eindruck habe der Besuch in Verbindung mit der Honolulu-Konferenz²⁵ gestanden, und es sei offenbar die Absicht der amerikanischen Regierung gewesen, die französische Regierung über etwaige Beschlüsse einer Ausdehnung der militärischen Operationen auf Nordvietnam zu unterrichten. Da derartige Beschlüsse nicht gefaßt worden seien, habe Ball nur noch einmal den amerikanischen Standpunkt vorgetragen. Nach amerikanischer Auffassung seien die Kämpfe in Vietnam und Laos von Hanoi gesteuert. Hanoi sei sozusagen der Chef der Subversion. Präsident Kennedy sei 1960/61 bereit gewesen, einem geeinten und neutralen Laos zuzustimmen. Dieser Versuch sei an der Haltung der Kommunisten gescheitert. Die USA seien auch heute bereit, einer Neutralisierung in diesem Raum zuzustimmen, aber zunächst müßten die Angriffe von kommunistischer Seite aufhören.

In zwei Punkten sei man sich auf französischer und amerikanischer Seite einig gewesen:

a) Bei den Vietcong und der Pathet Lao handle es sich um kommunistische oder kommunistisch inspirierte Bewegungen, die von Hanoi und vielleicht sogar von Rotchina gesteuert würden.

b) Beide Länder, Vietnam und Laos, dürften nicht in kommunistische Hand fallen.

Die Frage, die sich jetzt stelle, sei, wie man zu dem Stand der Verträge von

²² Zum Besuch des Bundesministers Schröder vom 25. bis 27. Mai 1964 in Norwegen vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 132.

Vgl. dazu den Bericht des Botschafters von Holten, Oslo, vom 2. Juni 1964; Referat I A 4, Bd. 258.

²³ Vgl. dazu den Artikel „Ball bei de Gaulle“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 129 vom 6. Juni 1964, S. 1.

Gesandter Knoke, Paris, berichtete am 8. Juni 1964, in den Besprechungen des amerikanischen Staatssekretärs mit Staatspräsident de Gaulle und Außenminister Couve de Murville über die Lage in Südostasien „sei wieder einmal zutage getreten, daß die Verschiedenheit der französischen und der amerikanischen Auffassungen letzten Endes auf die verschiedene Beurteilung der Zielsetzung der chinesischen Politik zurückgehe. Während die Amerikaner fest an den Expansionismus des chinesischen Kommunismus glaubten, neigten die Franzosen dazu anzunehmen, daß die inneren Probleme Chinas, insbesondere seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Pekinger Politik eher zur Vorsicht veranlaßten. De Gaulle habe Ball gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß die Amerikaner nach seiner Meinung nicht um eine Erörterung des Indochina-Problems mit Peking herumkämen.“ Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114; B 150, Aktenkopien 1964.

²⁴ Zur Lage in Südostasien vgl. Dok. 123, Anm. 9, und Dok. 160, Anm. 13.

²⁵ Am 1./2. Juni 1964 konferierten Außenminister Rusk und Verteidigungsminister McNamara mit hohen amerikanischen Beamten und Militärs über die Lage in Südostasien. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 50, 1964, S. 926.

1954²⁶ zurückkommen könne. Damals seien Laos und Kambodscha unter neutralen Regierungen geeinigt worden; ebenfalls Südvietnam, während Nordvietnam unter kommunistischer Herrschaft verblieben sei. Eine Intervention ausländischer Mächte sei verboten worden. Nur Frankreich habe das Recht behalten, militärische Stützpunkte aufrechtzuerhalten und Kriegsmaterial zu lagern. Die Abkommen von 1954 hätten außer im Falle Kambodscha jedoch nicht gut funktioniert. In Laos und Vietnam hätten sowohl die USA als auch China es nicht aufgegeben zu intervenieren. Für eine Rückkehr zu dem Stand der Verträge von 1954 gäbe es heute zwei Möglichkeiten:

a) die gewünschte Befriedung durch einen Krieg herbeizuführen, der ein Krieg mit Nordvietnam und möglicherweise mit Rotchina sein würde. Nach französischer Auffassung biete diese Möglichkeit keine Chance. Die Bevölkerung in Vietnam und Laos sei gegen einen Krieg. Die südvietnamesische Armee schlage sich nur, weil sie gezwungen sei, und es sei eine Frage des Geldes, wie lange sich dieser Krieg noch führen lasse; der Aufwand sei sehr hoch. Frankreich habe eine siebenjährige Erfahrung mit einem Subversionskrieg in diesem Gebiet. Es habe 1954 keine Mittel gehabt, um einen Krieg mit China zu beginnen. Die USA seien in der Lage, mit Nordvietnam und China Krieg zu führen. Die USA müßten sich entscheiden, ob sie diesen Weg gehen wollten. Frankreich rate nicht zu einem solchen Krieg, da er in der Bevölkerung keine Zustimmung finden würde. Wenn man aber China nicht angreifen wolle, dann bleibe nur die zweite Möglichkeit,

b) der Weg der Verhandlungen mit Nordvietnam und Rotchina, um in Vietnam und Laos zu unabhängigen, neutralen Regierungen mit einem Verbot jeder ausländischen Intervention zu kommen. Wenn man zu einem solchen Abkommen kommen wolle, so müßten nach französischer Auffassung alle interessierten Mächte Garantien hierfür übernehmen. Dies könnte im Interesse des Westens liegen. China könnte durch seine innere Entwicklung und die Schwierigkeiten mit der Sowjetunion für eine Generation auf eine Expansion nach Südostasien verzichten. Dafür müßte es jedoch die Garantie erhalten, daß es nicht durch die USA bedroht werde. Die grundsätzliche Frage sei, ob man im pazifischen Raum zu einem Gleichgewicht kommen wolle; die USA seien dort, ausgenommen Südvietnam, militärisch überlegen. Der Westen könne daher bei derartigen Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus verhandeln. Auch Nordvietnam als Nachbar Chinas wolle unabhängig sein und könnte deshalb für eine Neutralität gewonnen werden. Ein großes Problem sei Südvietnam selbst, da es dort kein nationales Regime gebe, das für eine Unabhängigkeit einträte. Südvietnam sei seit 1954 ein amerikanisches Protektorat. Seine Regierung habe zwar eine Wandlung in Richtung auf nationale Unabhängigkeit durchgemacht, sei dann jedoch durch Generale abgelöst worden²⁷, die politisch nichts zu sagen hätten. Die einzige Volksbewe-

²⁶ Für den Wortlaut der Schlußakte der Indochina-Konferenz vom 21. Juli 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

²⁷ Die Regierung des südvietnamesischen Präsidenten Ngo Dinh Diem wurde am 1. November 1963 durch General Duong Van Minh gestürzt, der das Präsidentenamt übernahm. Ministerpräsident wurde am 4. November 1963 Nguyen Ngoc Tho, dem am 8. Februar 1964 General Nguyen Khanh folgte. Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 409.

gung in Vietnam seien leider nur die Vietcong, die gegen die Regierung und die USA eingestellt seien. Nach französischer Auffassung könnte eine große internationale Konferenz aller beteiligten Staaten zu einer Lösung führen. In jedem Fall sei eine solche Konferenz besser, als einen Krieg gegen Rotchina zu beginnen. Es könnte eine de facto Einstellung der Kriegshandlungen erreicht, und es könnten politische Gruppierungen in der Bevölkerung gefördert werden, um zu Verfassungen in den Ländern zu kommen.

Auf die Frage des Herrn Bundesaußenministers nach der Reaktion Unterstaatssekretär Balls auf diese Ausführungen erwiderte der französische Außenminister, daß nach ihrem Eindruck die USA keine eigentliche Position hätten. Ball habe lediglich immer wiederholt, daß Südvietnam und Laos nicht kommunistisch werden dürften. Hiervon abgesehen, sei kein klarer Ausdruck eines politischen Willens erkennbar gewesen. Die amerikanische Regierung werde sich darauf beschränken, in der bisherigen Weise weiter zu verfahren. Bis zu den amerikanischen Wahlen sei mit Veränderungen nicht zu rechnen. Die amerikanische Öffentlichkeit sei allerdings recht unruhig. Während Senator Goldwater für einen Krieg mit China sei, habe sich Senator Mansfield für ein Verhandeln ausgesprochen. Inzwischen vergehe jedoch viel Zeit. Die Lage in Südvietnam werde immer schlechter. Praktisch seien dort heute schon die Kommunisten die Herren, und die Chinesen würden angesichts der Untätigkeit der USA immer unverschämter. Wenn Frankreich deshalb auf baldige Entschlüsse dränge, so deshalb, weil die Lage sich immer mehr verschlechtere.

Der Herr *Bundesaußenminister* erklärte, daß Frankreich den Problemen im südostasiatischen Raum sehr viel näher sei, weil es dort über entsprechende Erfahrungen verfüge. Für die Bundesrepublik sei die Frage, wie man den Kommunismus dort zum Halten bringen könne. Es seien drei Möglichkeiten vorstellbar:

- a) die militärische Lösung,
- b) die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung in ihrer Widerstandskraft gegen den Kommunismus,
- c) eine von allen Beteiligten akzeptierte Lösung, die jedoch kaum zu erreichen sei, da die Gegenseite nicht daran denke, sich an derartige Abmachungen zu halten.

Die Lösung müsse sicher außerhalb Südvietnams in größerem Rahmen gesucht werden, da es sich dort nicht um eine isolierte amerikanisch-kommunistische Auseinandersetzung handle. Dies sei ein Problem der westlichen Solidarität. Die Möglichkeiten einer Hilfe von Seiten der Bundesrepublik seien allerdings begrenzt; sie könnten nur humanitärer und karitativer Art sein. Vor den amerikanischen Wahlen seien wenig Chancen für einen grundsätzlichen Entschluß der amerikanischen Regierung.

Außenminister *Couve de Murville* vertrat demgegenüber die Meinung, daß es sich hier nicht um eine amerikanisch-kommunistische Auseinandersetzung, sondern um eine Auseinandersetzung USA/China handle. Vietnam sei ein nationales Problem. Es sei die Frage, ob Vietnam unter chinesische Herrschaft komme. Die Sowjetunion sei ebenso wie wir nicht daran interessiert, daß Laos

und Vietnam von China beherrscht würden. Zu der von dem Herrn Bundesaußenminister hervorgehobenen Solidarität des Westens sei festzustellen, daß bei der letzten NATO-Ministerratssitzung in Den Haag²⁸ kaum über dieses Problem gesprochen worden sei. Außer einer kleinen Anmerkung in der Rede des niederländischen Außenministers sei niemand hierauf eingegangen. Er stelle die Frage, was der NATO-Rat tun würde, wenn die USA einen Krieg mit China begännen. Nach seiner Auffassung sei der beste Ausdruck der Solidarität der, daß man das sage, was man denke.

Der Herr *Bundesaußenminister* erwiderte, daß das kommunistische Problem durch das immer stärkere Hervortreten Rotchinas heute sehr viel komplexer geworden sei. Der Kommunismus beider Schattierungen sei gleich gefährlich.

Der Herr Bundesaußenminister teilte mit, daß die Bundesrepublik nunmehr Beziehungen mit Kambodscha aufgenommen habe.²⁹ Als Vertreter der Bundesrepublik sei zunächst der Gesandte Boltze und jetzt Herr Berendonck in Pnom Penh. Die Vertretung habe keinen diplomatischen Status. Wir hofften, auf diese Weise die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kambodscha und der Sowjetzone zu verhindern. Er wäre dankbar, wenn der französische Missionschef unseren Vertreter in seiner Arbeit unterstützen würde.

Außenminister *Couve de Murville* sagte zu, daß die beiden Vertretungen enge Verbindung miteinander halten sollten.

Zum Abschluß der Besprechungen teilte der Herr *Bundesaußenminister* mit, daß in dem Gespräch der beiden Minister auch die Frage des EWG-Getreidepreises³⁰ erörtert worden sei. Man sei sich einig gewesen, daß dieses Problem in bilateralen Besprechungen weiterbehandelt werden solle und daß in Brüssel die Arbeit an den Vorfragen weitergehen sollte. Von den übrigen in der Tagesordnung vorgesehenen Themen könnte das Gespräch über die Lage in Afrika auf die nächste Sitzung verschoben werden. Ein eingehender Meinungsaustausch mit einem systematischen Vergleich der beiderseitigen Auffassungen könnte in absehbarer Zeit einmal über die NATO stattfinden. Da wir hier nicht in allen Überlegungen übereinstimmten, sei eine solche Diskussion nützlich.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte sich mit einem bilateralen deutsch-französischen Gespräch über die Probleme der NATO einverstanden.

Der Herr *Bundesaußenminister* stellte anschließend die Frage, ob bei dem bevorstehenden Zusammentreffen des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten³¹ die Europäische Politische Union diskutiert werden solle. Die Situation sei hier seit der letzten Zusammenkunft im Februar d.J.³² unverändert.

²⁸ Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 12. bis 14. Mai 1964 vgl. Dok. 127.

²⁹ Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kambodscha nahm am 19. Februar 1964 ihre Arbeit auf. Zu den vorangehenden Verhandlungen mit der kambodschanischen Regierung vgl. AAPD 1963, I, Dok. 160.

³⁰ Zur Regelung des Getreidepreises vgl. zuletzt Dok. 153, besonders Anm. 23–26.

³¹ Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 3./4. Juli 1964 vgl. Dok. 180–188.

³² Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 14./15. Februar 1964 in Paris vgl. Dok. 44–50.

Außenminister *Couve de Murville* bejahte, daß es in dieser Frage kein neues Element gebe. Die Europäische Politische Union sei jedoch ein wichtiges Thema, und da die beiden Staatsmänner über alle großen Themen sprechen würden, sollten sie auch dieses Thema behandeln. Eine Entscheidung oder Initiative sei jedoch nicht vorstellbar.

Der Herr *Bundesaußenminister* stimmte einem Meinungsaustausch über die Europäische Politische Union zu.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 139

155

Sprechzettel für Botschafter Groepper, Moskau (Entwurf)

II 3/88.10-311/64 geheim

8. Juni 1964

Betr.: Entwurf eines Schriftstücks¹, das Botschafter Groepper als Sprechzettel für ein Gespräch mit Chruschtschow verwenden und anschließend überlassen könnte unter Berücksichtigung der von Botschafter Groepper mit Fernschreiben Nr. 454 vom 5.6.1964 vorgetragenen Änderungen².

1) Am 7. März dieses Jahres wurden die Bundesregierung und die Bundesrepublik Deutschland in einer autorisierten Erklärung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur in ungezügelter Heftigkeit angegriffen.³ Diese Angriffe wurden von uns als Zeichen dafür angesehen, daß ihr Urheber kaum Interesse an einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hat.

Wenige Tage später suchte der sowjetische Botschafter Smirnow den Herrn Bundeskanzler auf⁴, um ihm im Namen seiner Regierung den Wunsch auszudrücken, keine Zeit mit fruchtloser Polemik zu verlieren, sondern die Beziehungen zwischen unseren Ländern sachlich und konstruktiv zu erörtern. Der Herr Bundeskanzler nahm diese Mitteilung mit Befriedigung zur Kenntnis.

2) Der Herr Bundeskanzler ist bereit – und war es stets – alles, was in seinen Kräften steht, zu einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen

¹ Als Antwort des Bundeskanzlers Erhard auf das sowjetische Aide-mémoire vom 11. März 1964 vorgesehen und Ministerpräsident Chruschtschow in der vorliegenden Form am 13. Juni 1964 übergeben. Lediglich den mündlich vorgetragenen Schlußteil des Sprechzettels mußte Botschafter Groepper, Moskau, aufgrund aktueller Ereignisse modifizieren. Vgl. dazu Anm. 12.

Zur weiteren Vorbereitung und zum Gespräch selbst vgl. Dok. 158 und Dok. 162.

² Eine erste Fassung des Sprechzettels war Botschafter Groepper, Moskau, am 4. Juni 1964 übermittelt worden. Vgl. dazu Dok. 150, Anm. 2.

Mit Drahtbericht vom 5. Juni 1964 brachte Groepper eine Reihe von Änderungsvorschlägen vor. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1964.

³ Zur TASS-Erklärung vom 7. März 1964 vgl. Dok. 67, Anm. 16.

⁴ Zum Gespräch vom 11. März 1964 vgl. Dok. 68.

beizutragen. Auch er empfindet den gegenwärtigen Zustand im deutsch-sowjetischen Verhältnis als unbefriedigend.

Die Bundesrepublik Deutschland hat von Anfang an das Ziel verfolgt, ein gutes Verhältnis zu ihren Nachbarstaaten herbeizuführen. Das beste Beispiel hierfür ist unser Verhältnis zu Frankreich. Frankreich und Deutschland galten Jahrhunderte lang als Erbfeinde. Nach 1945 standen zwischen unseren Völkern nicht nur die Erinnerung an den Krieg, seine Zerstörungen und zahllosen Opfer, sondern auch ungelöste territoriale Fragen, wie die des Saargebiets. Die französische Regierung und die Bundesregierung sind gemeinsam daran gegangen, diese Hindernisse zu beseitigen. Es ist ihnen gelungen, die Vorurteile von Generationen zu überwinden; die Erbfeindschaft wurde durch eine dem Wohl beider Völker dienende Zusammenarbeit abgelöst. Kriege zwischen unseren beiden Völkern sind heute nicht mehr denkbar.

Die Bundesregierung will auch das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn des deutschen Volkes verbessern, und zwar grundlegend und nicht nur für befristete Zeit. Es wäre ein historisches Versäumnis, wenn wir diese Aufgabe nicht zu lösen versuchten.

3) Die Auffassungen, die wir über bestimmte Fragen haben, weichen allerdings stark voneinander ab. Es wird also notwendig sein, erst einmal die gegenseitigen Standpunkte zu vergleichen. Bevor wir über die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen sprechen, sollten wir uns mit den Gedanken, Absichten und Möglichkeiten des anderen genau vertraut machen. Die Bundesregierung hat in dem Memorandum vom 21.2.1962⁵ die Grundsätze ihrer Politik, insbesondere unserer Politik gegenüber der Sowjetunion, ausführlich dargestellt. Ich bitte, dieses Dokument, das die einmütige Billigung aller Parteien des Bundestages fand, auf das aber die sowjetische Regierung nicht eingegangen ist, zur Ergänzung meiner Ausführungen heranzuziehen.

Vielleicht wären auch persönliche Begegnungen, wie Herr Botschafter Smirnow sie vorschlug, und eigene Anschauung in der Tat geeignete Mittel, um Mißdeutungen zu vermeiden und Vorurteile aus dem Wege zu räumen.

4) Sowjetische Äußerungen über den angeblich in der Bundesrepublik Deutschland weitverbreiteten „Revanchismus“, „Militarismus“ und Angriffsgeist sind nicht zutreffend.

Der Bundeskanzler bittet zu bedenken, daß bei Kriegsende viele Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene auf unser Gebiet strömten, ja, daß nach dem Kriege jeder fünfte Einwohner der sogenannten DDR zu uns floh. Es war nur unter großen Anstrengungen möglich, alle diese Deutschen in den Wirtschaftsprozess einzuordnen. Es war zu befürchten, daß radikale Elemente von diesen Schwierigkeiten profitieren würden. Irgendein radikaler Einfluß hat sich aber dank der besonnenen Haltung der Bevölkerung nicht entfalten können. Dies ist ein Erfolg der Bundesregierung und der politischen Parteien, aber ebenso sehr ein Beweis für die politische Nüchternheit unseres Volkes.

Die Bundesregierung hat auch oft genug bewiesen, wie sie zu Hitler und sei-

⁵ Für den Wortlaut des Memorandums der Bundesregierung an die UdSSR vgl. BULLETIN 1962, S. 315–318. Vgl. auch DzD IV/8, S. 162–171.

ner Gewaltpolitik steht. Unsere Justiz führt Gerichtsverfahren gegen alle diejenigen durch, die unter dem Nationalsozialismus Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Wir haben es auf uns genommen, daß mit diesen Prozessen auch im Ausland die Erinnerung an die von Deutschen unter Hitler begangenen Grausamkeiten wieder auflebt und daß unser Ansehen darunter leidet. Wie lassen dennoch nicht davon ab, das Unrecht, das damals begangen worden ist, zu sühnen. In der Sowjetunion wird, wie sich schon hieraus ergibt, ein schiefes Bild von der Haltung der Bundesregierung vermittelt, wenn man dieser eine nationalistische Einstellung vorwirft. Ein wahres Bild von der politischen Wirklichkeit in der Welt zu gewinnen und dieses wahre Bild auch im eigenen Volk zu verbreiten, ist aber eine wesentliche Voraussetzung für bessere internationale Beziehungen.

5) Das Haupthindernis, das der Verbesserung und der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion entgegensteht, ist zweifellos die Spaltung des deutschen Volkes. Der gegenwärtige Zustand ist unnatürlich und nur mit Gewalt aufrechtzuerhalten.

Der Bundeskanzler bittet Ministerpräsident Chruschtschow zu bedenken, daß keine deutsche Regierung einer Friedensregelung zustimmen wird, ja dazu überhaupt in der Lage wäre, die von der Beibehaltung der derzeitigen Spaltung Deutschlands ausgeht.

6) Herr Botschafter Smirnow wiederholte den Wunsch der Sowjetregierung, die Bundesregierung sollte mit den Machthabern der sogenannten DDR unmittelbar über die nationalen Fragen verhandeln.⁶ Wir können aber mit diesem Regime über die Wiedervereinigung und Berlin nicht verhandeln, da es nicht den Willen der Bevölkerung in seinem Machtgebiet repräsentiert. Unsere Ansicht über dieses Regime hat die Bundesregierung in dem Memorandum vom 21.2.1962 ausführlich dargelegt. Wir möchten uns auf diesen Hinweis beschränken.

7) Die Bundesregierung kann sich nur eine einzige Lösung vorstellen, die das Problem der Spaltung des deutschen Volkes löst: Das Volk selbst darüber in wirklich freien Wahlen entscheiden zu lassen. Das Prinzip der Selbstbestimmung ist international anerkannt und von der Sowjetunion selbst wiederholt bejaht worden. Noch im sowjetischen Memorandum an die Bundesregierung vom 27.12.1961⁷ steht der Satz, es sei „Sache jedes einzelnen Volkes, das Gesellschaftssystem zu wählen, das seiner Ansicht nach am besten zu ihm paßt“. Wenn diese Worte ernst gemeint sind, dann sollte man daraus auch die Konsequenzen ziehen. Warten wir ab, wie das Volk in der sogenannten DDR sich in wirklich freien Wahlen entscheidet! Dies ist unserer Ansicht nach die einzige gerechte Lösung und auch die einzige Lösung, die auf die Dauer gesehen auch für die Sowjetunion die beste ist. Niemand könnte, wenn die Wahl für uns günstig ausfiele, der Sowjetregierung vorwerfen, sie habe „ihre brüderlichen Beziehungen zur DDR zum Opfer gebracht“, wenn sie einem Grundsatz, der

⁶ Zur sowjetischen These, die beiden deutschen Staaten seien für die Lösung der Deutschland-Frage zuständig, vgl. auch Dok. 13, Anm. 15.

⁷ Für den Wortlaut vgl. DzD IV/7, S. 1211–1222.

heute als Grundprinzip internationaler Ordnung gilt, in Mitteleuropa zur Anwendung verhelfe.

8) Die sowjetische Regierung wünscht eine Friedensregelung für Deutschland. Auch wir wünschen sie; Aufgabe eines Friedensvertrages muß aber sein, eine dauerhafte Ordnung in Mitteleuropa herzustellen. Er darf nicht im Widerspruch zu den berechtigten Wünschen der Bevölkerung stehen. Er soll nicht ungelöste Probleme verfestigen, sondern sie lösen. In ihrer Botschaft vom 31.12.1963⁸ über einen Verzicht der Staaten auf Gewaltanwendung erwähnt die sowjetische Regierung auch das Problem der Wiedervereinigung der geteilten Länder. Wir können es nur begrüßen, wenn sie dabei sagt, daß der Sehnsucht dieser Völker nach Wiedervereinigung Verständnis und Achtung entgegengebracht werden sollte, und daß ihnen die Möglichkeit gegeben werden sollte, das Problem der Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln zu lösen. Gibt es ein friedlicheres Mittel hierzu, als die Bevölkerung selbst nach ihren Wünschen zu fragen und sich dann danach zu richten? Beispiele aus der Geschichte zeigen uns, daß Verträge, die die Spaltung eines Volkes festlegen wollen, nicht von Dauer sein können.

9) Die Bundesrepublik Deutschland ist bestrebt, ihr Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten weiterhin zu verbessern. Sie hofft, daß in einem Friedensvertrag die Grundlage für dauerhafte gute Beziehungen, die jede Gewaltanwendung ausschließt, zu diesen Staaten gelegt werden kann.

Der Bundeskanzler hat mit Befriedigung die Äußerung des sowjetischen Botschafters zur Kenntnis genommen, daß der Abschluß von Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einigen osteuropäischen Staaten⁹ nach Ansicht der Sowjetregierung ein Schritt in der richtigen Richtung sei. Die Bundesregierung ist gewillt, auf diesem Wege fortzufahren. Der Bundeskanzler hat dies in seiner Rede vom 1. Mai 1964¹⁰ erneut bekräftigt.

10) Der Bundeskanzler ist der Ansicht, daß aus der Wiedervereinigung des deutschen Volkes weder der Sowjetunion noch den osteuropäischen Staaten Schaden entstehen darf. In einem Friedensvertrag müßten daher die Sicherheitsbedürfnisse der osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion, aber auch das deutsche Sicherheitsbedürfnis berücksichtigt werden.

11) Der Bundeskanzler hat mit Interesse von Herrn Smirnows Äußerungen Kenntnis genommen, daß die Sowjetunion für die Herstellung fester wirt-

⁸ Zum Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten an alle Staats- und Regierungschefs betreffend einen Verzicht auf Gewaltanwendung bei territorialen Streit- und Grenzfragen vgl. Dok. 15, Anm. 2, und Dok. 16.

⁹ Im Laufe des Jahres 1963 schloß die Bundesrepublik Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn über den Handelsverkehr bzw. den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 20.

Zum Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964 über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 62.

¹⁰ Auf der Kundgebung zum 1. Mai 1964 in Berlin (West) führte Bundeskanzler Erhard aus: „Wir sind bereit, auch mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zu einem guten Verhältnis zu gelangen, zu einem Einvernehmen, das ein friedliches Miteinanderleben ermöglicht ... Wir wissen und vergessen es nicht, was an Schrecklichem unter dem Nationalsozialismus geschehen ist; und wir wissen dazu, daß genauso wie wir auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder legitime nationale Interessen haben.“ Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1964, S. 646 f.

schaftlicher Bindungen im Handelsaustausch mit der Bundesrepublik Deutschland auf mehrere Jahre im voraus eintritt.¹¹ Der Bundeskanzler glaubt, daß dieses Thema eingehend erörtert werden könnte; er glaubt ferner, daß Vereinbarungen, die auf diesem Gebiet getroffen werden könnten, unseren beiden Staaten große Vorteile bringen können. Selbstverständlich muß dabei eine Regelung gefunden werden, die sicherstellt, daß auch Berlin an dem deutsch-sowjetischen Warenaustausch partizipiert.

12) Ich habe mit diesen Worten die Absichten und Möglichkeiten unserer Politik dargestellt und die Grenzen bezeichnet, über die die Bundesregierung nicht hinausgehen kann. Das Kernproblem, das sich unmittelbar auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen auswirkt, ist die Spaltung des deutschen Volkes und sein Wunsch nach Wiedervereinigung. Wenn die Sowjetregierung zuließe, daß dieses Problem gemäß dem freien Willen des deutschen Volkes gelöst wird, würde sie in beredter Weise zum Ausdruck bringen, daß ihr nicht nur an einer befristeten, sondern an einer dauerhaften friedlichen Koexistenz gelegen ist.

Der Bundeskanzler ist gewiß, daß eine Lösung dieser Frage große Möglichkeiten für die Beziehungen zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volke eröffnen würde.

(Das folgende nur mündlich:)¹²

¹¹ Zur Frage einer neuen Vereinbarung mit der UdSSR über den gegenseitigen Handelsaustausch vgl. auch Dok. 68, Anm. 8.

¹² Aufgrund des Freundschaftsvertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR wandelte Botschafter Groepper, Moskau, diesen nur mündlich vorgetragenen Schlußteil im Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow am 13. Juni 1964 ab: „Der Herr Bundeskanzler verkennt nicht, daß im Augenblick die Möglichkeiten zu einer grundlegenden Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen begrenzt sind. Seiner Ansicht nach wird die Bewegungsfreiheit auf diesem Gebiet durch die von der Sowjetregierung vertretene Zweistaaten-Theorie eingeengt. Durch den Vertrag, den die Sowjetregierung gestern unterzeichnet hat, ist hierin sicherlich keine Erleichterung eingetreten. Was diesen Vertrag anbetrifft, so ist die Bundesregierung mit ihren Alliierten sich darüber einig, daß der Abschluß oder die Durchführung dieses Vertrags durch die Sowjetunion keinesfalls sowjetische Verpflichtungen oder Verantwortungen auf Grund von Verträgen oder Abmachungen zwischen den drei Mächten mit der Sowjetunion über Deutschland einschließlich Berlin berühren kann. Die Sowjetunion bleibt an die Verpflichtungen gebunden, die sie gegenüber den drei Mächten eingegangen ist, und ist nach wie vor für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihnen gegenüber verantwortlich. Ergänzend möchte ich zu diesem Vertrag noch folgendes sagen: In ihm ist von der Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens durch revanchistische und militaristische Kräfte und der bestehenden Gefahr eines Aggressionskrieges die Rede. Jeder, der die Bundesrepublik Deutschland kennt, weiß, daß es dort solche Bestrebungen nicht gibt und daß unser Staat in seiner Friedensliebe durch keinen anderen Staat übertroffen wird.

Wir haben davon Kenntnis genommen, daß die Sowjetunion davon ausgeht, daß die USA, Großbritannien und Frankreich nach wie vor eine gewisse Verantwortung mit Bezug auf Deutschland haben. Dies trifft zu, soweit es sich um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands handelt. Das Korrelat dieser Verantwortung der drei Westmächte ist die entsprechende Verantwortung der Sowjetunion für die Wiederherstellung Deutschlands. Wir begrüßen es in diesem Zusammenhang, daß sich auch die Sowjetunion zu dem Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands bekennt, wenn wir auch hinsichtlich der Methoden und Wege zur Erreichung dieses Ziels bekanntlich eine andere Auffassung als die sowjetische Regierung vertreten. Der Herr Bundeskanzler erkennt, daß die Sowjetregierung eine Lösung der Deutschland-Frage vermeiden möchte, die ihr den Vorwurf eintragen könnte, sie gäbe wesentliche Grundsätze des Sozialismus preis. Er bittet Sie jedoch, Herr Ministerpräsident, ernsthaft zu prüfen, ob den Deutschen in der sogenannten DDR

Der Herr Bundeskanzler erkennt nicht, daß im Augenblick die Möglichkeiten zu einer grundlegenden Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen begrenzt sind. Seiner Ansicht nach wird die Bewegungsfreiheit auf diesem Gebiet durch die von der Sowjetregierung vertretene Zweistaatentheorie¹³ eingeengt. Er erkennt, daß die Sowjetregierung eine Lösung der Deutschland-Frage vermeiden möchte, die ihr den Vorwurf eintragen könnte, sie gäbe wesentliche Grundsätze des Sozialismus preis. Er bittet jedoch Herrn Ministerpräsidenten Chruschtschow, ernsthaft zu prüfen, ob den Deutschen in der sogenannten DDR des Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, wirklich als Preisgabe sozialistischer Grundsätze angesehen werden kann.

Schließlich bittet der Bundeskanzler den Ministerpräsidenten zu bedenken, welche realen politischen Vorteile eine Lösung des Deutschland-Problems in Verbindung mit beiderseitigen Sicherheitsgarantien und einer deutsch-sowjetischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit für beide Völker haben könnte.

Wenn Ministerpräsident Chruschtschow glaubt, daß es nützlich sein könnte, die in unseren Beziehungen sich ergebenden Fragen in persönlichen Gesprächen zu erörtern, würde der Herr Bundeskanzler sich freuen, wenn Herr Ministerpräsident Chruschtschow eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Meinungsaustausch annehmen würde.

Ministerbüro, VS-Bd. 8468

Fortsetzung Fußnote von Seite 629

das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, wirklich als Preisgabe sozialistischer Grundsätze angesehen werden kann. Allgemein bittet schließlich der Bundeskanzler zu bedenken, welche realen politischen Vorteile eine Lösung des Deutschland-Problems für beide Völker in Verbindung mit beiderseitigen Sicherheitsgarantien und einer deutsch-sowjetischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben könnte. Wenn Sie glauben, daß es nützlich sein könnte, die in unseren Beziehungen sich ergebenden Fragen in persönlichen Gesprächen zu erörtern, würde der Herr Bundeskanzler sich freuen, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und einem Meinungsaustausch annehmen würden.“ Vgl. den Drahtbericht von Groepper vom 14. Juni 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1964.

¹³ Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. besonders Dok. 13, Anm. 10 und 15.